Über die Gründung des DGB Seite 5

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 21 vom 26. Mai 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

Kampf gegen Gebietsreform

„Wer Gewalt sät, wird Gewalt ernten"

Ermershausen ist eine 1.000-Einwohner-Gemeinde in der Nähe von Coburg. Durch die bayrische Gebiets- und Verwaltungsreform soll der Ort nach Maroldsweisach eingemeindet werden. Doch die Bewohner dieser Gemeinde kämpfen um ihre Selbständigkeit. Denn die Gebietsreform nützt der staatlichen Verwaltung, für die Bürger jedoch bedeutet sie: lange Anfahrtswege für irgendeinen Stempel, Verödung ihrer Gemeinde, Abhängigkeit von einer staatlichen Bürokratie, die weit weg sitzt.

Fortsetzung auf Seite 12



„Alle Gewalt geht vom Volke aus", heißt es im Grundgesetz der Deutschen Bundesrepublik. Dieses Bild vom Polizeiüberfall auf Ermershausen zeigt, was von diesem schönen Satz zu halten ist.

SPD, FDP, CDU — Alle sind sich einig:

Maßlose Erhöhung der Diäten

Jedes Jahr während der Tarifrunde predigen sie uns das Maßhalten — die Herren Parlamentarier. Wir sollen die Gürtel enger schnallen, verzichten! Nur ja nicht zu viel fordern! Aber wenn es um ihre Diäten geht — da gehen sie in die Vollen — die Herren Parlamentarier. 10.550 Mark im Monat wollen sich die Landtagsabgeordneten in Nordrhein-Westfalen zuschustern. Und sie sind nicht die einzigen. Bayern hat schon erhöht, ebenso Niedersachsen, Hessen, Schleswig-Holstein.

Bisher bekamen die Abgeordneten in NRW für ihr Herumsitzen, ihr Händchenheben, ihr Palavern, ihre Schauspielerei, die uns eine „Volksvertretung" vorspiegeln sollen: 2 800 DM steuerfrei und eine „Aufwandsentschädigung" bis zu 3 160 DM, ebenfalls steuerfrei. Natürlich ist dies schon eine pure Frechheit. Denn dieses Geld wird aus uns, den Werktätigen, herausgepreßt.

Weil sie Steuern zahlen sollen, die Herren Parlamentarier, damit ihr Raub aus den Taschen der Werktätigen nicht so ausfallen soll, haben sie zugelangt. Nein, sie haben nicht nur ihre Diäten um die fällige Steuerzahlung erhöht, sie haben mit einer Dreistigkeit sondergleichen ihr Gehalt gleich um Tausende erhöht. Die Grunddiät von 2 800 (steuerfrei) auf 6 750 Mark (zu versteuern: bleiben netto 2 000 Mark mehr! Und die sowieso steuerfreie „Unkostenpauschale" wurde von 2 850 auf 3 800 Mark erhöht: Das sind 1 000 Mark mehr!

Die gleiche Diätenerhöhung hat Bayern bereits beschlossen. In Niedersachsen sind es 8 000 Mark, zuzüglich „Unkosten". In Rheinland-Pfalz plant man 7 600 Mark.

Egal, ob CDU, ob SPD oder FDP - bei diesem Raubzug sind sich alle einig. Die Werktätigen auszuplündern, sie zu belügen und zu betrügen - da machen sie alle mit. Denn das ist der Beruf dieser Diäten-Geier: dem Volk eine Vertretung vorzugaukeln, während die tatsächlichen Entscheidungen hinter den Kulissen, in den Chefetagen der Konzerne und in den Zimmern der staatlichen Bürokratie fallen.

Nur weiter so! Der Lohn, den ihnen die Werktätigen auszahlen werden, wenn sie das bürgerliche Parlament in der sozialistischen Revolution auseinanderjagen, wird gewiß anders aussehen! Schon jetzt ist die Empörung in der Bevölkerung über die neue Diätenerhöhung so groß, daß wir die Witze und Meinungen über die Parlamentarier hier nicht abdrucken könnten, ohne einen Prozeß wegen „Verächtlichmachung der Bundesrepublik" und ihrer Organe zu riskieren. Weg mit der Diätenerhöhung! Nieder mit dem bürgerlichen Parlamentarismus!

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Scheinheiliges Lippenbekenntnis Loderers

35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich — diese Forderung wird schon seit langem von den klassenbewußten Arbeitern gestellt. Und das mit gutem Grund. Immer rücksichtsloser pressen die Kapitalisten unsere Arbeitskraft aus. Durch Rationalisierung machen sie die Schinderei in den Fabrikhallen und Büros noch unerträglicher. Die Arbeit wird größtenteils noch eintöniger, monotoner und aufreibender. Immer mehr Kollegen werden zu Fließbandarbeit und Wechselschicht gezwungen. Gleichzeitig wird die Arbeitshetze gesteigert, werden Akkordsätze verschärft. So treiben die Kapitalisten nach dem Motto „Aus weniger Beschäftigten mehr herausholen" ihren Profit in die Höhe und vergrößern skrupellos das Heer der Arbeitslosen.

Der arbeiterfeindliche DGB-Apparat kann es sich nicht erlauben, die berechtigte Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich *offen* zu bekämpfen. Allerdings: DGB-Boß Vetter hat schon des öfteren Arbeitszeitverkürzungen *ohne* Lohnausgleich propagiert. Das aber bedeutet, einer weiteren Verschärfung der Ausbeutung das Wort zu reden und rief bei vielen Kollegen Zorn hervor. Schließlich sind unsere Reallöhne in den letzten Jahren geschmolzen — nicht zuletzt wegen der unverschämt niedrigen Tarifabschlüsse, die uns die Gewerkschaftsbonzen aufs Auge gedrückt haben.

Nun aber hat sich IGM-Chef Loderer in einem Interview mit „Bild" plötzlich in radikalem Tonfall für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ausgesprochen. Was soll man davon halten? Hat sich dieser abgefeimte Arbeiterverräter plötzlich gewandelt? Wer's glaubt, wird selig! Wenn Loderer die Millionenauflage der „Bild"zeitung benutzt, um sich als konsequenter Verfechter der Arbeiterinteressen auszugeben, dann hat er das offenbar dringend nötig. Er will sein schwer angeschlagenes Image in der Arbeiterschaft wieder etwas aufmöbeln (lesen Sie dazu den Kommentar auf Seite 6).

Wußten Sie schon . . . ?

. . . daß CIA und FBI 22 bekannte Nazi-Kriegsverbrecher in ihre Dienste genommen haben und 111 Nazi-Kriegsverbrecher in die USA eingewandert sind, ohne vor ein Gericht zu kommen? Diese Information wurde kürzlich durch den US-Bundesrechnungshof bekannt. Gleich und gleich gesellt sich eben gern.

. . . daß es in Baden-Württemberg einen Innenministererlaß gibt, der die Polizei anweist, Straftaten von „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens" nicht an die Presse weiterzugeben? Dieser seit 1973 geltende „Verdunkelungserlaß" wird damit begründet, daß die „Privatsphäre" dieser Persönlichkeiten „schutzwürdig" sei. Zu peinlich, daß dieser „Verdunkelungserlaß" offensichtlich beim Ministerpräsidenten dieses Landes, Ex-Nazi-Richter Filbinger, nicht funktioniert hat.

Kongo/Horn von Afrika

Militärische Aggressionen der Imperialisten



Bewaffnete Patrioten in Eritrea

NATO-Einsatz in der Kongo-Provinz Shaba: Ein 1.750 Mann starkes belgisches Luftlandebataillon wird in der Stadt Kamina eingesetzt. Es ist Bestandteil der mobilen Eingreiftruppe der NATO. Gleichzeitig werden in Kolwezi, dem Zentrum der kupferreichen kongolesischen Provinz, starke Einheiten der französischen Fremdenlegion gelandet, die sofort in die Kämpfe eingreifen. Britische Militärmaschinen landen im benachbarten Sambia. Washington organisiert eine Luftbrücke für Waffentransporte nach dem Kongo und Bonn stellt Millionengelder aus unseren Steuern zur Verfügung.

So wollen diese Herren das verrottete faschistische Mobutu-Regime retten, das durch die von Moskau gesteuerten „Katanga-Gendarmen" bedroht ist. Zur gleichen Zeit bietet sich am Horn von Afrika folgendes Bild: Russische Militärs und an ihrer Seite Soldaten aus Kuba und aus der DDR marschieren an der Spitze von äthiopischen Truppen gegen Eritrea. Afrika ist in diesen Tagen der Schauplatz immer brutalerer militärischer Aggressionen der beiden Supermächte und ihrer Kriegsblöcke. In allen Teilen des Kontinents haben sie sich festgesetzt, ihre Militärstützpunkte errichtet, unterhalten sie ihre Söldnerheere. Und vor den Küsten kreuzen die russischen und amerikanischen Flotten.

Es geht den Imperialisten aus West und Ost um die Kontrolle über die Reichtümer Afrikas, über die strategisch wichtigen Regionen des Kontinents. Und immer häufiger geraten sie in ihrer Gier nach Herrschaft über Afrika aneinander. Sie sind es, die gegenwärtig die bewaffneten Konflikte dort schüren und in immer brutalerer Offenheit dort selbst eingreifen. (Ausführliche Berichte auf Seite 10.)

Weitere Ruinierung der Bauern

Die EG-Agrarminister haben jetzt die Erhöhung der Erzeugerpreise für das Landwirtschaftsjahr 1978/79 festgelegt — mit durchschnittlich 2,25 Prozent die niedrigste Erhöhung seit 1973! Für die deutschen Bauern liegt sie aufgrund der EG-Währungsvereinbarungen sogar noch niedriger, nämlich bei knapp zwei Prozent.

Das ist noch nicht einmal der berüchtigte Tropfen auf den heißen Stein — das ist der nackte Hohn! Denn während die Bauern jetzt für ihre Produkte zwei Prozent mehr bekommen, müssen sie gleichzeitig zehn, 20 Prozent mehr für Maschinen, Saatgut, Futtermittel usw. zahlen. Von 1976 auf 1977 beispielsweise stiegen die Preise für Futtermittel um 12,8 Prozent, die Preise für Saatgut um 21,7 Prozent usw. usf. Das Ergebnis im letzten Jahr: Das Durchschnittseinkommen (!) der Bauern sank um 20,5 Prozent, Tausende von Höfen kamen unter den Hammer. Und seit dem 1. 9. 1977 kommt zu allen anderen finanziellen Lasten auch noch der sogenannte Milchpfennig hinzu, den die Bauern bezahlen müssen.

Angesichts all dieser Tatsachen ist es nichts als übelste Demagogie, wenn die bürgerliche Presse mit Überschriften wie „Milch, Butter und Zucker werden vermutlich teurer" versucht, gegen die werktätigen Bauern Stimmung zu machen. Nicht die werktätigen Bauern sind die Urheber der ständigen Teuerung. Das sind vielmehr die Nahrungsmittelkonzerne, der räuberische Zwischenhandel, die Großagrarier. Gegen sie, die die werktätigen Bauern ruinieren und die Werktätigen in den Städten ausplündern, muß gemeinsam, in Stadt und Land, der Kampf geführt werden.

Grenzschutz bespitzelt Reisende

Mehrmals ergingen über die Rundfunksender Warnungen an Urlauber: Sie sollten bei Auslandsreisen keine „linke" Literatur mitnehmen, weil es ihnen sonst passieren könne, daß sie vom Bundesgrenzschutz für die Karteien des Verfassungsschutzes registriert würden. Kommentar vieler Werktätiger: „Das sind ja Zustände wie in der DDR!"

Bereits seit zwei Jahren hat der Bundesgrenzschutz Anweisung, Reisende zu bespitzeln und die Karteien des Verfassungsschutzes und des Bundesnachrichtendienstes mit „Erkenntnissen" über „verfassungswidriges Verhalten" von Personen zu füllen. Grundlage dafür ist die „Sonderanweisung über die Erfassung bestimmter Erkenntnisse bei der grenzpolizeilichen Kontrolle (So-GK)" vom Mai 1976.

Zweierlei geschieht. Zum einen werden die Unterlagen des Verfassungsschutzes über bereits in der zentralen Computerkartei registrierte Personen vervollständigt. Der BGS-Beamte gibt die Daten von Reisenden an die zentrale Computerkartei des Verfassungsschutzes weiter. Wird von dort gemeldet, daß die betreffende Person als Kommunist, als Demonstrant usw. bereits registriert ist, so wird der Kartei als „neue Erkenntnis" die Reise ins Ausland hinzugefügt. Zum anderen müssen die BGS-Beamten jeden Reisenden dem Verfassungsschutz melden, bei dem sie „verfassungswidriges Verhalten" feststellen. Und dazu reicht es bereits aus, wenn der Urlauber eine kommunistische oder revolutionäre Zeitung bei sich hat!

Bekannt wurden diese Polizeistaatmethoden nur deshalb, weil einem Reporter „schwarze Listen" des BGS in die Hände gerieten — mit 287 „verdächtigen" Zeitschriften und Organisationen! Wie aus Bonn zu hören ist, sollen diese Listen jetzt abgeschafft werden. Die Bespitzelung aber soll bleiben!

Aufrüstung im Nahen Osten

Der amerikanische Senat hat der Absicht Carters zugestimmt, gleichzeitig an Israel, Ägypten und Saudi-Arabien Kampfflugzeuge zu verkaufen. Die israelischen Zionisten sollen 90 Jagdbomber erhalten, Ägypten 50 und die saudi-arabischen Reaktionäre 60 Flugzeuge. Insgesamt macht dieses Waffengeschäft einen Wert von zehn Milliarden Mark aus!

Diese Waffenlieferungen zeigen, daß die amerikanischen Imperialisten ihre politische Macht und ihren militärischen Einfluß im Nahen Osten verstärkt auszubauen versuchen. Sie rüsten mit diesen Kampfflugzeugen nicht nur die aggressiven israelischen Zionisten auf, die schon jetzt mit 550 Flugzeugen die stärkste Luftwaffe im Nahen Osten besitzen. Die Lieferung an Ägypten und Saudi-Arabien zeigt auch, daß das amerikanische Monopolkapital die Taktik anwendet, auf mehrere „Pferde" zu setzen, um den Nahen Osten unter seine Kontrolle zu bringen. Carters Bekenntnis, die Flugzeugverkäufe stärkten die Bindungen mit den „gemäßigten arabischen Staaten, die unser Ziel von Frieden und Stabilität in dieser Region teilen", ist deutlich genug.

Denn das durch Carter beschworene „Ziel von Frieden und Stabilität in dieser Region" heißt nichts anderes als: Unterdrückung der palästinensischen Revolution, Unterdrückung des Befreiungskampfes der arabischen Völker. Um diese imperialistischen Ziele durchzusetzen, hat die amerikanische Supermacht seit jeher in Konkurrenz zu den russischen Sozialimperialisten nicht nur die israelische Aggression unterstützt, sondern auch ihre arabischen Lakaien gefördert und aufgerüstet.

In Amt und Würden

Blutrichter Filbinger

„Der Verurteilte stand um 16 Uhr mit verbundenen Augen auf dem Richtplatz. Die angetretene Einheit stand auf Kommando ‚Gewehr über' still. Der leitende Offizier las dem Verurteilten die Urteilsformel und die Bestätigungsverfügung vor. Der Verurteilte erklärte nichts. Der Geistliche erhielt letztmalig Gelegenheit zu Zuspruch. Das Vollzugskommando von zehn Mann war fünf Schritte vor dem Verurteilten aufgestellt. Das Kommando ‚Feuer' erfolgte um 16.02 Uhr. Der Verurteilte starb um 16.04 Uhr..." Unterschrift: Dr. Filbinger, Marinestabsrichter.


Urteil

Im Namen des Deutschen Volkes.

Walter Gröger

16. Januar 1945

Dr. F i l b i n g e r

Der Angeklagte wird wegen Fahnenflucht zum Tode

Verlust der Wehrwürdigkeit und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Die Niederschrift dieses Mordes an dem 22jährigen Matrosen Walter Gröger demonstriert den erbarmungslosen Terror, den der heutige Ministerpräsident und damalige Marinestabsrichter Filbinger wenige Wochen vor Kriegsende an einem jungen Soldaten ausübte, der den Krieg satt hatte. Filbinger persönlich hatte die Todesstrafe beantragt. Filbinger persönlich beaufsichtigte als „leitender Offizier für das Vollstreckungsverfahren" die Hinrichtung.

Dies war keineswegs ein „Todesurteil auf höheren Befehl", wie Filbinger es jetzt in der Öffentlichkeit hinstellen will. Dieser Nazirichter hat mehr als einmal demonstriert, daß er mit Haut und Haaren dem faschistischen Staat verbunden war. Von Dezember 1944 bis August 1945 hat er etwa 100 Soldaten verurteilt. In vier weiteren Verfahren verhängte Filbinger Todesstrafen. Drei Wochen nach dem Sieg der Völker über den Hitler-Faschismus am 29. Mai 1945 wagte es dieser Marinestabsrichter sogar noch, in der Kriegsgefangenschaft einen Soldaten nach Nazigesetzen zu sechs Monaten Gefängnis zu verurteilen.

Der Soldat hatte von seiner Uniform das Hakenkreuz abgerissen und seinen Batteriechef angeschrien: „Die Zeiten sind jetzt vorbei! Ich bin ein freier Mann. Ihr habt jetzt ausgeschissen. Ihr Nazihunde, ihr seid schuld an diesem Krieg." Filbinger verurteilte diesen Soldaten mit der Begründung: „Seine Äußerungen stellen ein hohes Maß an Gesinnungsverfall dar. ... Er hat zersetzend und aufwiegelnd für die Manneszucht gewirkt." Faschistischer Jargon eines Nazirichters, der noch über die Niederlage der Hitler-Faschisten hinaus die einfachen Soldaten verfolgte und seinen „Herrn und Meister" verteidigte.

Als dieses Urteil 1972 an die Öffentlichkeit kam, drohte Filbinger sofort mit dem Gericht: „Meine antinazistische Einstellung ist bekannt und belegt." Das Gleiche jetzt wieder, als das Todesurteil gegen den Matrosen bekannt wurde. Filbinger ging vor Gericht, um dem Schriftsteller Rolf Hochhuth den Mund zu verbieten. Die gleiche Justiz, die von Anfang an mit Nazirichtern wiederaufgebaut wurde, soll also nun dem ehemaligen Nazirichter Filbinger bescheinigen, daß er „rechtens" gearbeitet hat, daß das Bekanntmachen der ungeheuerlichen Terrorurteile des Herrn Filbinger eine „Schmähkritik" ist.

Hochhuth hat inzwischen erklärt, daß seine Formulierung, Filbinger sei nur deswegen auf „freiem Fuß", weil diejenigen, die ihn gekannt hätten, geschwiegen haben, in der Tat absurd sei: „Denn kein Richter hat je in der BRD auch nur eine Stunde in Strafhaft sitzen müssen, weil er für Hitler Deutsche umgebracht hat. Als sich herausstellte, der höchste Staatsanwalt der BRD habe als Sonderrichter Hitlers mehr als 30 Menschen zum Tode verurteilt, wurde dieser Mann mit damals rund 2.000 Mark im Monat vorzeitig pensioniert." Dies war Generalbundesanwalt Wolfgang Fränkel im Jahre 1962. Damals quittierten noch einige andere Blutrichter den Dienst. § 116 des westdeutschen Richtergesetzes vom 8. September 1961 versprach ihnen nämlich die volle Pension, wenn sie freiwillig ausschieden, um das durch Nazijuristen „befleckte" Bild der westdeutschen Klassenjustiz reinzuwaschen.

Die grauenhafte Bilanz der faschistischen Blutgerichte: mehr als 80.000 Todesurteile durch Sonder- und Kriegsgerichte. Allein 24.559 Todesurteile gegen Wehrmachtangehörige. Keiner dieser Mörder in Robe wurde in der Bundesrepublik jemals vor ein Gericht gestellt. Im Gegenteil: 1968 waren über 800 Juristen der Nazisondergerichte in der bundesrepublikanischen Justiz tätig. Diese „Rechtsprecher", die im Dienste des faschistischen Unrechts und der Aggression standen, sind bis in die höchsten Positionen des Justizapparats gelangt. Denn ihr Haß auf die Werktätigen, ihre „Erfahrung" bei der Verfolgung aller fortschrittlichen Kräfte wurde in diesem angeblich „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat" gebraucht. Ein Nazirichter wie Filbinger als Ministerpräsident, ja, vielleicht sogar als Kandidat für das Bundespräsidentenamt, dies ist ein deutlicher Ausdruck für die Kontinuität des faschistischen Geistes in diesem Land.

Kurz berichtet

Freiburg

Zur Vorbereitung des Rote-Garde-Kongresses machte der KSB/ML Freiburg eine Veranstaltung mit Vortrag, Pantomime und einem albanischen Film. Es waren etwa 40 Freunde da! Besonders der Film fand reges Interesse.

Offenbach

Zum Roten 1. Mai führte die Partei in Offenbach/Main eine Filmveranstaltung durch. Gezeigt wurde der Film „Salz der Erde". Die über 40 Freunde und Genossen diskutierten anschließend noch über den Film und die RGO. Eine Spendensammlung für den RG-Kongreß wurde durchgeführt.

Kiel

Zum Breschnew-Besuch hatten Genossen in Kiel unter der Levensauer Hochbrücke über den Nord-Ostseekanal einige Parolen gemalt. In russischer Sprache stand an der Steinböschung „Breschnew raus, KPD/ML"' und „Nieder mit dem neuen Zaren!" Durch den Kanal fahren täglich zig russische Schiffe, und auch eine große Zahl aus den übrigen RGW-Ländern. Natürlich konnte die Kanalmeisterei es sich nicht leisten, diese Parole lange an dieser internationalen Wasserstraße stehen zu lassen. Schon einen Tag später, als die Genossen ein Bild machen wollten, war sie wieder übermalt.

Hamburg

Am 18. August 1956 besetzten Überfallkommandos der Polizei Druckerei, Verlagsräume und Redaktionsräume der „Hamburger Volkszeitung" Damit stellte für lange Zeit eine der ruhmreichsten kommunistischen Zeitungen, in der schon Ernst Thälmann geschrieben hatte, ihr Erscheinen ein. Bis jetzt zur Bürgerschaftswahl in Hamburg! Die HVZ erscheint wieder, herausgegeben von der KPD/ML. Sie wird in vorerst unregelmässiger Reihenfolge in Hamburg erscheinen. In dieser ersten Nummer stellt die Partei ihr Kampfprogramm für Hamburg vor. Sie berichtet über den Antifaschistenprozeß und ruft zur kompromißlosen Verteidigung der Arbeitsplätze auf. Auf der letzten Seite werden die sieben roten Kandidaten vorgestellt.



Wählt KPD/ML!

Offen gesagt ...

DKP droht mit Atomsturm

Am 20. Mai organisierte die DKP und ihr nahestehende Organisationen Aktionen unter der Losung „Nein zur Neutronenbombe — beendet das Wettrüsten!" Die Empörung vieler Menschen über die barbarische Neutronenbombe ist nur allzu berechtigt, zeigt doch gerade diese Bombe den menschenverachtenden Charakter der Imperialisten in aller Deutlichkeit. Für die Profite der Reichen — über Millionen von Leichen!

Ein Hohn ist es allerdings, wenn gerade die DKP sich als Kämpfer gegen die Neutronenwaffe hinstellen will. Diese Partei hat jahrelang den Pazifismus gepredigt und damit die Werktätigen vom revolutionären Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte abzuhalten versucht. Diese Partei hat jahrelang die Illusion verbreitet, daß Abrüstungsgespräche zwischen den Imperialisten Frieden und Sicherheit in Europa schaffen könnten, während in der Tat die Imperialisten, besonders auch die Ziehväter dieser Partei, die russischen Sozialimperialisten, hinter dem „Abrüstungs"-Nebel immer mehr aufgerüstet haben.

Besonders hinterhältig allerdings ist die DKP-Polemik gegen die Neutronenbombe. Während sie die Neutronenbombe herausgreift, verschweigt sie die Tausende von Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen, die sowohl hier in der BRD als auch in der DDR von den beiden Supermächten gelagert und eingesetzt werden sollen. Während die DKP die Neutronenwaffe der Amerikaner angreift, verteidigt sie den Bau von Atombombe und Neutronenwaffe durch Breschnew und seine Aggressionspläne. So drohte Hubert Reichel von DKP-Vorstand: „Wenn die NATO diese Waffe einsetzt, dann antwortet der Warschauer Pakt mit einem atomaren Gegenschlag." Und noch unverhüllter drohen diese angeblichen „Friedenskämpfer" in der „Deutschen Volkszeitung" mit einem „Atomsturm", den die Sowjetunion im Falle der Anwendung der Neutronenbombe über unserer Heimat entfesseln würde. Eine nackte Drohung mit dem atomaren Massenmord an unserem Volk durch ihre Hintermänner in Moskau — das steckt in Wahrheit hinter ihrer „Friedens"-Politik.

Aus dem Inhalt

Hoesch-Union: Erneut RGO-Liste .. 4
Duisburg: Betriebsratswahl auf der Kupferhütte 4
DGB: Geburtshelfer war der amerikanische Geheimdienst 5
Lehrlinge sollen samstags arbeiten 6
35-Stunden-Woche 6
Protest gegen Antifaschistenprozeß 7
Polizei schießt 17jährigen Lehrling nieder 7
Demonstration gegen Faschisten .. 8
Kampfprogramm der Hamburger Bürgerschaftswahl 8
Bonn — Moskau: Schacher zwischen imperialistischen Räubern .. 9
Kongo/Äthiopien 10
Iran: „Wir müssen kämpfen wie in Täbris 11
Japan: Neue Kämpfe um Narita .. 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00-463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

DDR:

Honecker bläst zum Rationalisierungsterror!

Wenn man als Arbeiter das Wort „Rationalisierung“ hört, denkt man an erhöhte Arbeitshetze, verschärfte Arbeitsbedingungen und Entlassungen. Entsprechend groß ist die Empörung unter Arbeitern, wenn Rationalisierungsmaßnahmen am Arbeitsplatz durchgeführt werden. Deswegen ist es auch nicht verwunderlich, daß die Kapitalisten mit immer neuen Ideen kommen, um die von den Arbeitern verhaßten Rationalisierungen ins freundlichere Licht zu rücken. Im Westen ist viel die Rede von „Humanisierung der Arbeitsplätze“ oder — noch vornehmer, wissenschaftlicher — „Ergonomie“ statt Rationalisierung. Im Osten, in der DDR, wie könnte es auch anders sein, versuchen die Herren die Tatsachen mit dem Etikett „sozialistisch“ zu verschleiern.

„Sozialistische“ Rationalisierung — das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ beschreibt am Beispiel des Textilbetriebes VEB Trikotex in Wittgensdorf das Wesen dieses Phänomens: Der Betrieb beschäftigt 3.000 Arbeiter, besonders viele Frauen, als Näherinnen. Wie dem Artikel zu entnehmen ist, stellten sich die Fabrikherren die Frage nach „interessanten Formen des Wettbewerbs, der Erzeugnisgruppenarbeit und anderen Methoden der Leistungssteigerung“. Wo gibt es „noch nennenswerte Reserven zur Steigerung der Arbeitsproduktivität? Ist dort eine Rationalisierung im großen Stil überhaupt möglich?“ Wer sucht, der findet! Mit der Stoppuhr in der Hand, und natürlich hinter dem Rücken der Arbeiterinnen, fanden die „Fachleute“ von der „Arbeitsorganisation“ (WAO), daß „die reine Maschinenarbeit im Durchschnitt um etwa 20 Prozent der Arbeitszeit der Näherinnen ausmacht, alles andere ist Handarbeit“. Die Aufgabe war somit klar: weniger „unnötige“ Bewegungen z. B. Aufstehen, Gehen etc., um die Zeit der Maschinenarbeit zu erhöhen. Von weniger Handarbeit kann dabei natürlich nicht die Rede sein, es sei denn, die Näherinnen von Wittgensdorf müßten beim Nähen nicht ihre Hände gebrauchen.



(Werkhalle eines DDR-Betriebes für Obertrikotagen) **Macht voran...**

Die Rationalisierungsmaßnahme wurde durchgeführt, die Arbeitsplätze der Näherinnen „umgestaltet“. „Neues Deutschland“ betonte dabei, daß die Arbeitsplätze schöner und angenehmer geworden seien. „Jede eingesparte Bewegung, jeder nicht mehr nötige Handgriff macht die Arbeit nicht nur rationeller, sondern auch angenehmer und leichter. Die Leistungssteigerung wird also ohne physischen Mehraufwand erreicht.“ Ist das wirklich so? Zunächst muß man die Frage stellen: Kann die Näherin die „eingesparte Bewegung“ dazu benutzen, sich öfters einmal eine kurze Ruhepause zu gönnen? Nur dann könnte man sagen, die Arbeit wäre leichter geworden. Das ist aber nicht der Fall. Im Gegenteil, das erklärte Ziel der Rationalisierung ist es, den Anteil der Maschinenarbeit zu erhöhen, denn nur dies sichert die Leistungssteigerung.

Zwar braucht die Arbeiterin nicht mehr um Zeichnungen, Schere oder Stoff herumzulaufen, dafür ist sie aber acht Stunden am Stuhl gefesselt und ihre Arbeit besteht nur noch aus einigen immer wiederkehrenden Bewegungen: Nähen, Schere vom Magnet heben, Schneiden, Schere wieder am Magnet festsetzen, Bleistift vom Magnet nehmen, zeichnen, Bleistift wieder am Magnet befestigen, wieder Nähen und so weiter und so fort. Kommentar einer Näherin: „...doch die veränderte Grifftechnik war zunächst ungewohnt. Meine Leistung sank vorübergehend auch erst einmal ab, und ich mußte regelrecht trainieren...“ Die Lügen von der angeblich leichteren Arbeit entlarvt sich auch an der Freude der Fabrikherren: „Am Arbeitsplatz von ... konnten wir beobachten, wie zügig ihre Handgriffe vonstatten gehen.“ Diese typisch zynische Freude der Kapitalisten, die nur an ihre Profite denken, wenn sie die unmenschlichen Anstrengungen der Arbeiterinnen sehen. „Neues Deutschland“: „Inzwischen liegt für den umgestalteten Produktionsabschnitt des VEB Trikotex das ökonomische Ergebnis auf dem Tisch: Die Arbeitsproduktivität ist um 16,3 Prozent gestiegen. Die Arbeitszeiteinsparung beträgt — auf ein Jahr bezogen — 11.337 Stunden, was einer möglichen Mehrproduktion von über 200.000 Stück Untertrikotagen entspricht.“

Aber es wäre nicht das „Neue Deutschland“, es wäre nicht die neue Bourgeoisie der DDR, wenn sie nicht über die Grenzen von Wittgensdorf sehen würden, wenn sie nicht nur die 3.000 Wittgensdorfer Näherinnen zu erhöhter Arbeitsintensität treiben wollten, sondern die anderen 80.000 Näherinnen in der DDR auch: „Wir finden also in Wittgensdorf eine eindeutige Antwort auf die eingangs gestellte Frage: Die Rationalisierung in großem Stil, von der Erich Honecker vor den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen gesprochen hat, ist unter den konkreten Bedingungen dieser Bereiche der Leichtindustrie nicht nur möglich, sondern dringend notwendig. Deshalb hat das zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem Zentralrat der FDJ das Projekt ‚Rationalisierung der Näh- und Fügeprozesse‘ zum zentralen Jugendobjekt erklärt... Noch in diesem Jahr, so sieht es die Konzeption des Ministeriums vor, soll das Beispiel von Wittgensdorf auf insgesamt 24 Betriebe verschiedener Zweige ausgedehnt werden. Bis 1980 werden auf diese Weise etwa 14.000 bis 15.000 Arbeitsplätze mit Näh- und Fügeprozessen nach den Grundsätzen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation umgestaltet.“

Hier zeigt sich das staatsmonopolistische kapitalistische System der DDR! Was Profit bringt, muß überall eingeführt werden. SED, Gewerkschaft und FDJ werden dafür eingesetzt. Meister, Betriebsleiter, die karrieristischen Funktionäre der SED, Gewerkschaft und FDJ sind es, die „im Namen der Kollegen“ die Einführung der Rationalisierungsmaßnahmen vorschlagen, von „leichterer und schönerer Arbeit“ sprechen, obwohl sie selbst von den Maßnahmen gar nicht betroffen sind.

Die Arbeiter wehren sich auch gegen die „Rationalisierung im großen Stil“, die Honecker verkündet hat. Die sehr starke Fluktuation in den Betrieben der DDR ist ein klarer Ausdruck davon. So berichtete die Ostberliner Zeitung „Temperamente“, daß die jungen Arbeiter aus dem neu errichteten Textilbetrieb in Wittstock nach kurzer Zeit weggegangen sind. Ihnen ist das ganze System zutiefst verhaßt. Die Folgen der Rationalisierung, die erhöhte Ausbeutung spüren sie täglich in den Knochen. Mehr Geld für entsprechend mehr Arbeit erhalten sie nicht. Wer heute in der DDR immer reicher wird, wer sich die von den Arbeitern erarbeiteten Werte aneignet, weiß man genau: die neue Bourgeoisie! Deswegen stößt es auf den besonderen Haß des Arbeiters, daß die Rationalisierungen durch die SED-Propaganda als „sozialistisch“, als etwas, das im Interesse der Arbeiterklasse liegen würde, dargestellt wird.



...damit meine Kasse stimmt! (DDR-Millionär mit Ehefrau und Hollywood-Schaukel)

„Ohne die neuen Kapitalisten ginge es besser!“

Korrespondenz: Ein Arbeiter aus einer DDR-Kleinstadt bei Berlin schrieb uns eine Korrespondenz über die Zustände in dem Werk, in dem er beschäftigt ist. Seine Erlebnisse zeigen anschaulich die Auswirkungen der Wiederherstellung des Kapitalismus in den früher volkseigenen Betrieben. In dem Bericht heißt es u. a.:

Auf das Wort der Arbeiter wird im Betrieb wenig gehört. Sie haben in Wirklichkeit nichts zu sagen. Dagegen werden alle Fragen vom grünen Tisch aus entschieden, ohne auf die Erfahrungen der Arbeiter zu achten. Zum Beispiel wurde eine Maschine von den Ingenieuren so konstruiert, daß ein Arbeiter sich fast die Arme ausrenken mußte, wenn er die Bedienungshebel erreichen will... Die Ursache ist klar: Die Konstrukteure haben selbst noch nie an einer solchen Maschine gearbeitet, und die daran arbeiten werden, haben keinen Einfluß auf die Konstruktion.

Um lange Stähle gleichzeitig in mehrere Teile zerschneiden zu können, wurde im Betrieb eine Maschinensäge mit mehreren Blättern nebeneinander gebaut. Der verantwortliche Ingenieur legte große Zähne für das Sägeblatt und kleine Geschwindigkeiten fest. Die Arbeiter sagten sofort, daß die Blätter sich festfressen würden. Tatsächlich wurden deshalb Motoren an dieser Maschine kaputtgefahren, weil sie überbeansprucht wurden. Trotzdem wurde die Konstruktion nicht verändert.

Ähnliche Beispiele von Fehlentscheidungen der Leiter gibt es zu Dutzenden. Dabei wird oft mit den von den Arbeitern geschaffenen Werten umgegangen, als wäre es Wüstensand. Da wurden z. B. neue Motoren und Trafos einfach verschrottet, weil sie falsch eingekauft worden waren und so der Schrottplan erfüllt werden konnte. Der Kollege sagte, daß der Betrieb viel rationeller arbeiten könnte. „Die Arbeiter sollten mal wirklich was zu sagen haben, wir müßten den Betrieb leiten“ — war seine Antwort. Ohne die neuen Kapitalisten und ihr Gefolge ginge es viel besser — das ist eine Erfahrung, die die Werktätigen bei uns in der DDR täglich neu machen.

Rationalisierung im Sozialismus



Im Eisenhüttenkombinat Elbasan, Albanien: die Ingenieurin bei einer Beratung mit Montagearbeitern.

Wir Kommunisten sind nicht gegen den technischen Fortschritt. Dementsprechend wird es im Sozialismus auch technische Neuerungen, Einführung neuer technischer Produktionsverfahren geben. Was ist aber der Unterschied dabei im Sozialismus und im Kapitalismus? Warum kämpfen die Kommunisten im Kapitalismus unversöhnlich gegen die kapitalistischen Rationalisierungen, während sie im Sozialismus die Werktätigen zu einer stürmischen Neuererbewegung mobilisieren?

Zwei Dinge sind es, die im Sozialismus wesentlich anders sind als in der kapitalistischen Ausbeuterordnung:

1. Die Arbeiter, die die Diktatur des Proletariats errichtet haben, und die anderen Werktätigen sind die Herren der Produktion. Die Früchte ihrer Arbeit, ihres Schweißes, ihrer Anstrengungen kommen allein dem werktätigen Volk zugute. Es gibt keine Ausbeuter alten Schlages mehr, die sich den Profit aus der Arbeit anderer aneignen, und es gibt auch keine Gewerkschafts- und SED-Bonzen, die Bourgeois „neuen Typs“, die sich durch hohe Gehälter und Prämien genausö die von den Werktätigen erarbeiteten Werte aneignen. Es gibt überhaupt nicht mehr die Möglichkeit, die Arbeit aller für eine Minderheit oder Einzelpersonen auszunutzen. Einführung technischer Neuerungen, die die Arbeitsproduktivität erhöhen, liegen deshalb im Interesse des werktätigen Volkes, das diese auch begrüßt und selber ungeahnte Initiative in der Neuererbewegung entfaltet. Wenn die SED-Bonzen in der DDR eine ähnlich lautende Propaganda betreiben, dann begehen sie einen ungeheuren Betrug, um zu vertuschen, daß es in der heutigen DDR wieder Ausbeuter und Ausgebeutete gibt.

2. Kapitalistische Rationalisierungen wirken sich in jedem Fall verschlechternd auf die Arbeitsbedingungen der Werktätigen aus. Fast jeder Kollege in westdeutschen Betrieben hat es schon erlebt: Nach der Rationalisierung arbeitete man für zwei oder es wurden Kollegen entlassen. Das Geheimnis dieser Erscheinung: Die Kapitalisten nutzen jede Rationalisierung aus, um die Schraube noch fester anzuziehen, denn auf der Jagd nach Maximalprofit können sie den Hals nie voll genug kriegen. Im Sozialismus dienen die Neuerungen dazu, die Arbeit zu erleichtern. Deshalb machen die Werktätigen im Sozialismus auch selber Vorschläge für Rationalisierungen. Weil das werktätige Volk Herr der Produktion ist, braucht auch kein Kollege Entlassungen und Arbeitslosigkeit zu befürchten.

Die sozialistische Neuererbewegung ist heute schon Wirklichkeit in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien. Von den Arbeitern des Traktorenersatzteilwerkes in Tirana ging die beispiellose Initiative „Arbeiten, kämpfen und leben wir wie unter den Bedingungen der Einkreisung“ aus, um die Wirtschaft Albaniens völlig auf eigene Beine zu stellen. Diese Bewegung hat die grenzenlose Initiative der Arbeiterklasse u. a. auch bei der Revolutionierung der Produktionsverfahren zu Tage treten lassen, wie es sich die kapitalistischen Antreiber in ihren kühnsten Träumen nicht vorgestellt haben.

Im Programm der KPD/ML heißt es:

„...Um die Grundlage für die Errichtung des Sozialismus zu schaffen, wird die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer revolutionären Partei die Herrschaft des Finanzkapitals brechen, Werften, Werke, Hütten, Schächte, Fabriken, Banken, Versicherungen, Kaufhäuser, die Massenmedien...in die Hand des Volkes legen...

Alle Arbeiter und Werktätigen werden die Organisation der Produktion in ihre Hände nehmen und unter einheitlicher Führung und einheitlichem Plan die sozialistische U irtschaft aufbauen. Von den Fesseln der kapitalistischen Antreiberei, der Furcht vor Entlassung und Lohnraub befreit, wird die Arbeiterklasse in Entfaltung ihrer schöpferischen Kräfte die Produktion entwickeln, wie dies unter kapitalistischen Verhältnissen unmöglich ist“ (Programm und Statut der KPD/ML, Dortmund 1977, S. 268/269).

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Warnstreiks bei Verlagen

Seit dem 1.4.78 sind die Beschäftigten des Buchhandels und der Verlage in Baden-Württemberg ohne Tarif. Nachdem sich die Gewerkschaft HBV geweigert hatte, mit der DAG (die übrigens in diesem Bereich so gut wie keine Mitglieder hat) gemeinsame Verhandlungen mit den Kapitalisten zu machen, schlossen diese „nach langen und schweren Verhandlungen" mit der DAG einen Tarifvertrag ab, den sie nun als endgültig betrachten und der HBV zur Unterschrift vorlegten. Die HBV, deren Forderungen auf Streichung der untersten Lohngruppe sowie Lohnerhöhungen je nach Gehaltsgruppe zwischen 110 und 190 DM hinauslief, hat dies jedoch abgelehnt. Daraufhin fanden in mehreren Betrieben Warnstreiks statt, z.B. bei der Buchhandlung Wittwer, Stuttgart, und dem E. Ulmer Verlag Stuttgart.

Gestern war es auch beim Mannheimer Bibliographischen Institut AG soweit: Erstmals in der 150-jährigen Verlagsgeschichte traten die Beschäftigten in einen zweistündigen Warnstreik, an dem sich von den ca. 200 anwesenden Kollegen 150 beteiligten.

Zuvor hatte der Vorstand des Bibliographischen Instituts alles versucht, um die Kollegen zu spalten und vom Kampf abzuhalten: Nachdem vor etwa 14 Tagen rund 80 Kollegen dem Vorstand einen Besuch abgestattet hatten und ihre Forderungen nachdrücklich unterstrichen hatten, beeilte sich der Vorstand seinerseits, die Belegschaft mit einigen süßen Geschenken zu ködern: So wird demnächst erstmals der Belegschaft 26 DM pro Monat für 624-DM-Gesetz bezahlt; das Urlaubs- und Weihnachtsgeld um 10 Prozent auf insgesamt 120 Prozent erhöht und sogar eine 10 prozentige (vom Monatsgehalt) Sondergratifikation an die Belegschaft ausgeschüttet. Der Gipfel war, daß einzelne Kollegen zum Teil recht hohe übertarifliche Zulagen, die bei der nächsten Tarifrunde freilich verrechnet werden können, zugesagt bekamen, natürlich mit dem Zusatz, sie sollten ihren Kollegen gegenüber Stillschweigen bewahren, denn sonst würde ja doch nur Neid und Unruhe entstehen. Doch bald in jeder Abteilung sah man die Kollegen beisammen, wie sie diese unverschämten Spaltungsversuche diskutierten und verurteilten. Selbst einige mit hohen Zulagen bedachte Kollegen erklärten: Wir lassen uns nicht bestechen! Sie stehen mit den übrigen Kollegen weiter im Kampf für die Durchsetzung der gemeinsamen Forderungen: Die Unternehmer an den Verhandlungstisch! Sofort ein verhandlungsfähiges Angebot! Der Warnstreik hat die Kampfkraft der Belegschaft gestärkt und alle waren sich einig, daß das nicht die letzten Aktionen sein dürften.

Unruhe und Unmut wachsen!

Kennen Sie den DUDEN? – Bestimmt.
Kennen Sie MEYERS Lexika? – Wahrscheinlich.

Können Sie sich auch vorstellen, was die Arbeitnehmer verdienen, die diese Bücher machen?

Unsere Tarifgehälter liegen zwischen
DM 1110.– (offiz. Armutsgrenze DM 1 200.–)
und
DM 2 300.– für „Spitzenverdiener" (brutto!).

Von der Ehre allein, in einem angesehenen Verlag zu arbeiten, kann niemand leben.

Doch die Arbeitgeber sind nicht einmal bereit, ...

Der „Mannheimer Morgen" weigerte sich, diese Anzeige abzudrucken!

Ein großer Nachteil der bisherigen Auseinandersetzung war, daß sich die HBV, die in der Vergangenheit jeden Schandabschluß mitunterzeichnet hatte, nun als große Kämpferin aufspielt und alles versucht, die Bewegung sich nicht aus den Händen nehmen zu lassen. Aber auch hier übten einige Kollegen bereits harte Kritik an dem Verhalten der HBV-Bonzen, z.B. auf der außerordentlichen Betriebsversammlung einen Tag vor dem Warnstreik, wo die HBV-Herren die Belegschaft mit sanften Reden einschläfern wollten, anstatt Kampfmaßnahmen zu beraten.

Rot Front!
Ein Genosse aus Mannheim

In Sachen: Arbeitsamt gegen Arbeitsamt

Eine bundesdeutsche Kleinstadt als Wohnort und eine Behörde als Arbeitgeber kann durchaus Vorteile mit sich bringen. Alles ist klein und damit überschaubar. Nach kurzer Zeit kennt man die Namen und die Gesichter derjenigen, die überall an der Spitze sitzen, sei es in den Behörden, den eingetragenen Vereinen oder dem Elternbeirat. Und damit wird schnell erkennbar, wie selbstverständlich Gesetze und Verordnungen, die ja letztlich nur bürgerliche Gesetze und Verordnungen sind, ohne Gesetzesbruch umgangen und nichtig gemacht werden.

Liest man die Gesetzestexte, sollte man meinen, daß es für die Werktätigen ja durchaus die Möglichkeit gibt, zu ihrem Recht zu kommen. So gibt es ja schließlich Sozial- und Arbeitsgerichte. Aber was das **Recht** auf Arbeit tatsächlich nützt, zeigt folgendes Beispiel:

So sehe ich bei einem Arbeitsgericht einen Beisitzer, der u.a. Funktionär des DGB ist und als solcher im Verwaltungsrat des örtlichen Arbeitsamtes sitzt. (Der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes ist das höchste örtliche Gremium, das sich mit der Bewilligung von Geldmitteln und Personalentscheidungen beschäftigt. Neben Vertretern der Öffentlichen Hand, der Arbeitgeber, finden sich dort auch Vertreter des DGB ein.) Das Makabre an dieser Konstellation vor Gericht ist jedoch, daß der Kläger gerade von diesem Arbeitsamt entlassen wurde und nun dagegen klagt. Nun sitzt der Herr, der bei jeder Sitzung des Verwaltungsausschusses vom Arbeitsamt Tagegeld für seine Mühe erhält, (ein respektables Taschengeld von ca. 50 DM für zwei Stunden) hinter der Barriere auf „neutraler Seite" und soll bei der Entscheidung in der Sache Beschäftigter des Arbeitsamts gegen Arbeitsamt unparteiisch dem Richter beiseite stehen. Müßte er da nicht in Gewissenskonflikt kommen? Aber nein, seinem Gesicht ist nichts dergleichen anzusehen. Er kann offensichtlich alle paar Stunden die Rollen wechseln, d.h. zumindest äußerlich. Welche Verhöhnung des Klägers, der davon nichts weiß und dessen DGB-Rechtsschutz ihm von dieser Personalunion wohlweislich nichts gesagt hat. Ich muß mir noch sehr viele Illusionen über diesen bürgerlichen Rechtsstaat gemacht haben, denn ich bin darüber ehrlich überrascht.

Ich spreche darüber mit jemandem, der sich mit dieser Art von Prozessen auskennt. Er beruhigt mich, daß dieses Verfahren noch gar nichts sei, gegen das, was sich hier manchmal abspielt. In einem anderen Fall war ein Angestellter der Stadt entlassen worden und hatte dagegen Klage erhoben. Sein DGB-Rechtsschutz, der ihm zugeteilt wurde, war jedoch der ehrenamtliche Bürgermeister (zugleich DGB-Funktionär) selbst. D.h. der DGB-Rechtsschutz als Vertreter des Klägers war eigentlich der Angeklagte!!

Rot Front!
eine Leserin des Roten Morgen

Hoesch-Union:
Erneut RGO-Liste — jetzt mit 5 Kandidaten

Der neu gewählte Betriebsrat bei Hoesch-Union in Dortmund war auf Betreiben der IG-Metall-Ortsverwaltung zurückgetreten, weil der Gewerkschaftsapparat die Wahl der beiden RGO-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Bömer nicht verwinden konnte. Daraufhin trat die RGO-Hoesch erneut an, eine Betriebsratsliste für die Nachwahl aufzustellen.

Diesmal kandidieren fünf Kollegen statt zwei auf der RGO-Liste! Das allein schon ist eine knallende Ohrfeige, die die Belegschaft von Union dem IGM-Bevollmächtigten Werner Dietrich verpaßt hat. Diese Tatsache spiegelt die Empörung wider, mit der die Kollegen auf die völlig undemokratischen Methoden des IG-Metall-Apparates reagieren.

In kurzer Zeit hat die RGO-Liste über 100 Unterschriften bekommen, und am Montag wurde sie beim Wahlvorstand eingereicht. Die IG Metall hat relativ spät ihre neue Liste aufgestellt. Trotz der scheindemokratischen Manöver bei der Aufstellung der Liste stehen doch wieder zu drei Viertel die Kandidaten der alten Liste zur Wahl. Der IGM-Apparat konnte bei dieser Neuwahl nur ein Ziel haben: Mit allen Mitteln eine neue RGO-Liste zu Fall zu bringen. Zu dem Zweck haben sie ein hinterhältiges Manöver gestartet, auch wenn sie dabei mit Terror ihr wahres Gesicht bloßlegen müssen. Sie versuchten, alle Mitglieder der IG Metall zu zwingen, ihre Liste zu unterschreiben. In einer groß aufgezogenen Kampagne schickten sie ihre Vertrauensleute los, um die Kollegen unter Druck zu setzen, ihre Unterschrift für die IGM-Liste zu geben.

Es ist bekannt geworden, daß in manchen Abteilungen alle Kollegen zusammengerufen wurden und ihnen mit Ausschluß aus der Gewerkschaft gedroht wurde, falls sie bei der RGO unterschreiben. Es ist aber auch bekannt geworden, daß die Bonzen in mehreren Abteilungen mit ihren Bemühungen auf den Bauch gefallen sind. Als z.B. Betriebsrat Ehlert, jetzt auf Platz 1 der IGM-Liste, im SM 1 erschien, um die Kollegen unter Druck zu setzen, meinte ein Kollege: „Ich bin jetzt über 20 Jahre hier im Werk, diesen Herrn sehe ich heute zum erstenmal".

Duisburg:
Betriebsratswahl auf der Kupferhütte

Ein großes Geschrei stimmte die IG Metall vor der Betriebsratswahl bei der Duisburger Kupferhütte an: „Zwingt ein Mann der Belegschaft die Listenwahl auf?" Was war geschehen?

Norbert Winkler, ein fortschrittlicher Kollege aus dem Schichtlabor, ist den Kollegen der Kupferhütte schon lange bekannt als Vertreter ihrer Interessen, der schon oft die verräterische Betriebspolitik des bisherigen Betriebsrats angegriffen hat. Obwohl er Angestellter ist, hat er Wechselschicht und kommt fast nur mit Arbeitern in Berührung. Als sich die Angestellten auf der Hütte für getrennte Betriebsratswahlen entscheiden, ist es für den Kollegen Winkler klar: Er kandidiert auf der Arbeiterliste für den Betriebsrat! Dieses Recht steht im laut Betriebsverfassungsgesetz auch zu.

Nun hatte die Vertrauensleutekörper-Leitung auf einer Belegschaftsversammlung erklärt, jedes IGM-Mitglied könne auf der Arbeiter-Liste der IG Metall für den Betriebsrat kandidieren. Norbert nimmt sie beim Wort, doch jetzt auf einmal wollen sie nichts mehr davon wissen. Betriebsrat Sieben droht an, daß er für den Fall seiner Kandidatur vom Vertrauensleute-Körper von der Liste gestrichen wird. Norbert tut daraufhin das einzig Richtige: Er informiert seine Kollegen durch ein Flugblatt. Darin stellt er eindeutig klar, daß er sich für eine Persönlichkeitswahl ausspricht, weswegen er ja auch auf der IGM-Liste kandidiert. Sollte man ihn aber streichen, so müsse er für den Fall eine eigene Liste vorbereiten. In diesem Flugblatt veröffentlicht er auch ein Forderungsprogramm, das die wichtigsten Forderungen der Kollegen der Kupferhütte zusammenfaßt und für die sich Norbert einsetzen will, wenn er gewählt wird.

In Flugblättern versucht der Gewerkschaftsapparat, die Tatsachen zu verdrehen, als wolle der Kollege Winkler die Persönlichkeitswahl verhindern. Sie hetzen gegen seine Kandidatur, stellen ihn als Großmaul hin („Wählt nur mich, ich kann alles besser"), und bedrohen jeden Kollegen mit Gewerkschaftsausschluß, der es wagt, seine Liste zu unterschreiben. Umsonst! Kollege Winkler bekommt so viele Stimmen, daß die IG Metall ihn nachträglich doch wieder auf ihre Liste nimmt.

Noch einmal ruft Norbert Winkler seine Kollegen auf: „Jetzt ist die Gelegenheit da! Wenn ihr wollt, daß sich auf der Hütte etwas ändert, dann gebt nur dem Kollegen eine Stimme, von dem ihr wißt, daß er sich konsequent für euch einsetzt. Norbert Winkler, Nr. 23."

Inzwischen fand die Wahl statt. Mit 444 Stimmen, das sind ca. 40 Prozent, zieht Norbert Winkler an dritter Stelle in den Betriebsrat ein! Die Bonzen müssen zur Kenntnis nehmen: Ihre Hetze hat ihnen nichts genützt.

Letzte Meldung: Elac in Konkurs

Montag früh wurden die Kollegen auf einer Belegschaftsversammlung informiert. Elac ist in Konkurs gegangen. Die Firma, die Plattenspieler und nautische Geräte herstellt, wird geteilt und von zwei anderen Firmen übernommen. Aber 250 von insgesamt ca. 1.000 Kollegen sollen auf die Straße geworfen werden. Auch zwölf Lehrlinge sollen dieses Schicksal erleiden.

Die Betriebszeitung unserer Partei, „Roter Lautsprecher", hatte schon im Februar gefordert: vollständige Aufklärung der Belegschaft über die Pläne der Kapitalisten. Aber die Bosse und die Gewerkschaftsbonzen dachten nicht daran, diese Forderung zu erfüllen. Ihnen ging es darum zu verhindern, daß sich der Widerstand der Belegschaft gegen die Angriffe auf die Arbeitsplätze formiert (siehe auch RM Nr. 10/78, S. 6).

Jetzt herrscht Wut und Verbitterung unter den Kollegen. Zur Betriebsversammlung rückte gleich das Arbeitsamt mit einer ganzen Truppe an, um die entlassenen Kollegen zu registrieren. Alles soll nach der Taktik des Überrumpelns möglichst eilig abgewickelt werden, damit es ja nicht zu Kampfaktionen gegen die Entlassungen kommt. Die Betriebszelle unserer Partei wird jedoch versuchen, den Widerstand dennoch zu organisieren.

Außer der Sicherung ihrer Profite haben die Kapitalisten noch eine andere Fliege mit dieser Klappe geschlagen: Am Dienstag sollten die Betriebsratswahlen sein. Dabei kandidierten auch drei revolutionäre Kollegen auf der „Liste links". Jetzt ist die Wahl bei Elac erst mal gestorben.

Korrespondenz: Recklinghausen
Betriebsratswahlen bei Dörnemann

Wie bekannt, gibt es schon seit drei Jahren bei Dörnemann einen revolutionären Betriebsrat. In der Zeit hatten der Betriebsratsvorsitzende und die Kapitalisten versucht, ihn zu kündigen und aus dem Betriebsrat auszuschließen. Aber alles mißlang. Es war klar, daß sie alles daransetzen würden, um eine erneute Wahl des Roten Betriebsrates zu behindern und zu verhindern. Deshalb organisierten wir vor der Wahl einen Kollegentreff. Thema war die Beteiligung revolutionärer Kandidaten für die Betriebsratswahl und das Programm der RGO. Dabei erklärte sich ein Kollege bereit, mit dem Roten Betriebsrat zu kandidieren. Nun waren es zwei!

Vor der Wahl fand im Betrieb noch eine Betriebsversammlung statt. Das war eine gute Gelegenheit, das betriebliche Kampfprogramm unter den Kollegen bekannt zu machen. Die beiden revolutionären Kandidaten trugen ihre Forderungen vor und so wurde den Kollegen klar, wofür die beiden eintreten.

Auf der Versammlung wurde die Frage gestellt, wer noch bereit wäre, mitzukandidieren. Zwei Kollegen erklärten sich bereit und trugen sich in die Liste ein. Fristgemäß mit den gültigen Unterschriften wurde die Liste eingereicht.

Aber die Kapitalisten waren nicht untätig. So erklärten die vier alten reaktionären Betriebsräte auf der Versammlung, sie würden nicht mehr kandidieren. Verschiedene Gründe wurden angegeben. Das war aber schon bedenklich, sie mußten also etwas geplant haben. Und so war es auch. Sieben Tage später reichten die alten reaktionären Betriebsräte eine eigene Liste ein. Nun existierten zwei Listen. Sie hatten aber einen großen Fehler gemacht, ihre Liste war nach der Abgabefrist eingereicht worden. Der alte Betriebsratsvorsitzende bestand aber darauf, daß seine Liste gültig sei. Also ging der Rote Betriebsrat zum Arbeitsgericht und erreichte eine einstweilige Verfügung, die dem Betriebsratsvorsitzenden unter Androhung von 5 000 DM verbot, seine Liste zur Wahl zu stellen. Das war ein schwerer Schlag. Nun gingen sie überall herum und hetzten gegen den Roten Betriebsrat und forderten die Kollegen auf, die Wahl zu boykottieren.

Dennoch beteiligten sich über 50% der Kollegen an der Wahl. Der Rote Betriebsrat erhielt 26 Stimmen, der andere 22 Stimmen, auf die anderen Kollegen entfielen jeweils 13 Stimmen. Der Angestelltenvertreter erhielt acht Stimmen. (Wahlberechtigt waren 93).

Die Kapitalisten waren ganz und gar nicht mit dem Ausgang der Wahl einverstanden. Sie erklärten schon, sie würden die Wahl anfechten. Trotz alledem fand die erste Betriebsratssitzung statt. Der revolutionäre Betriebsrat wurde mit der Mehrheit der Stimmen zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt.

Entstehung des arbeiterfeindlichen DGB-Apparats

Geburtshelfer war der amerikanische Geheimdienst

Der Apparat der DGB-Gewerkschaften steht nicht auf der Seite der Arbeiter im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Er steckt mit den Kapitalisten unter einer Decke. Nicht umsonst findet der Aufbau der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) zunehmend Sympathie und aktive Unterstützung in den Betrieben. Die opportunistischen und revisionistischen Kräfte aber verleumden den Aufbau der RGO als „ultralinks" und „sektiererisch". Sie sagen: „Wir müssen den DGB wieder zur echten Kampforganisation der Arbeiterklasse machen." Abgesehen davon, daß man den reaktionären, mit dem Kapitalismus verschmolzenen DGB-Apparat niemals für die Arbeiter „erobern" kann, stellt sich jedoch die Frage: War der DGB jemals ein Kampfinstrument der Arbeiterklasse? Die Entstehungsgeschichte des DGB zeigt: Er war von Anfang an ein Werkzeug des Imperialismus, ein Instrument zur Unterdrückung der Arbeiter und anderen Werktätigen.

1945, als der Hitler-Faschismus niedergeschlagen war, war die deutsche Arbeiterklasse und das werktätige Volk entschlossen, schonungslos abzurechnen. Abzurechnen mit der Nazi-Pest und abzurechnen mit den Hintermännern, den Krupp, Flick und Thyssen, den deutschen Imperialisten, den eigentlichen Drahtziehern der mörderischen Nazi-Diktatur. Einem großen Teil der Arbeiter war bewußt, daß die Wurzeln von Faschismus und imperialistischem Völkermord im Kapitalismus lagen, in der Herrschaft der Monopolbourgeoisie. Kompromißlose Entnazifizierung, Bestrafung der Kriegsverbrecher vom Schlage der Krupp und Thyssen, Sozialisierung der Industrie und Aufbau eines demokratischen, antifaschistischen Deutschland — dafür kämpfte die deutsche Arbeiterklasse gemeinsam mit allen wahrhaft antifaschistischen Kräften. Sie wollten nicht das alte imperialistische Deutschland wieder aufbauen, sondern ein neues, ein sozialistisches Deutschland.

Im Sold des amerikanischen Geheimdienstes

Die damalige Sowjetunion unter Führung Stalins unterstützte diesen Kampf. Ganz anders aber die westlichen Siegermächte. Vor allem dem USA-Imperialismus ging es darum, Deutschland in die eigene Machtsphäre einzugliedern und es zu einem „Bollwerk gegen den Bolschewismus", gegen das jetzt entstandene sozialistische Lager auszubauen. Und darauf hatte sich der US-Imperialismus schon Jahre vor dem Kriegsende vorbereitet. So unterhielt der amerikanische Geheimdienst u. a. enge Kontakte mit Emigranten aus dem Kreis der alten reformistisch-reaktionären ADGB-Führung (ADGB: deutscher Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik). Er hielt Gruppen ehemaliger ADGB-Bonzen und deutscher Sozialdemokraten finanziell aus und trimmte sie darauf, den Wiederaufbau der deutschen Gewerkschaften unter amerikanischer Regie und im Sinne ihrer imperialistischen Interessen in die Hand zu nehmen.

Sofort nach der Besetzung Deutschlands bildeten sich spontan antifaschistische Ausschüsse und Massenorganisationen in den Betrieben und auf Orts- und Stadtteilebene. Diese Bewegung stand weitgehend unter Führung der KPD sowie auch antifaschistischer Teile der SPD. Diese Kräfte hatten auch den Kern des Untergrundkampfes gegen die Hitler-Diktatur gebildet und dabei die größten Opfer gebracht. Jetzt kämpften sie nicht nur für die Versorgung der werktätigen Bevölkerung mit Lebensmitteln, sondern auch für die Entnazifizierung, nahmen sie nicht nur die Wiederaufnahme der Produktion und die Beseitigung der schlimmsten Kriegsschäden selbst in die Hand, sondern kämpften auch für die Sozialisierung der Großbetriebe und für den Aufbau einer demokratischen Verwaltung unter Kontrolle der Werktätigen. Und nicht zuletzt begannen die aktiven antifaschistischen und kommunistischen Arbeiter sofort mit dem Aufbau von Gewerkschaftsorganisationen, wobei sie sich zum Ziel setzten, eine starke Einheitsgewerkschaft auf der Grundlage des konsequenten proletarischen Klassenkampfes zu schaffen.

Die imperialistischen Besatzungsmächte in den drei Westzonen jedoch verboten zunächst jegliche politische und gewerkschaftliche Betätigung. Gleichzeitig schafften insbesondere die Amerikaner und Briten ihre emigrierten ADGB-Schützlinge ins Land, um selbst die Initiative beim Aufbau der Gewerkschaften übernehmen zu können. So wurde z. B. der ehemalige Oberbonze der Transportarbeitergewerkschaft, Fritz Tarnow, zuerst in der britischen und dann in der amerikanischen Zone in diesem Sinne eingesetzt. Schon 1944 hatte Tarnow in britischer Emigration ein Rundschreiben verfaßt, in dem es hieß: *„Es ist gewiß, daß eine der Hauptforderungen der Arbeiter die Einheit sein wird, und, sie werden Gewerkschaften fordern, die alle Arbeiter umfassen. Wir müssen das, koste es was es wolle, verhindern, denn die Kommunisten würden dadurch in die Lage versetzt, die Gewerkschaften zu beherrschen. Deshalb müssen wir jetzt mit den britischen und amerikanischen Behörden die Vereinbarungen treffen, damit wir so schnell wie möglich nach Deutschland zurückkehren können, um die Entwicklung der antikommunistischen Gewerkschaften zu leiten."* Ein anderer dieser Agenten des Imperialismus war Hans Jahn, vor 33 Vorstandsmitglied des deutschen Eisenbahnerverbandes, später Offizier des OSS, des Vorläufers des amerikanischen Geheimdienstes CIA. Er wurde nach 1945 mittels der Intrigen der US-Besatzer Vorsitzender der Eisenbahnergewerkschaft.

Böckler: „...der Volksgemeinschaft verantwortlich"

Die Taktik der amerikanischen und britischen Militärregierungen bestand darin, die Tätigkeit antifaschistischer und kommunistischer Gewerkschaften zu unterdrücken, ihren eingeschleusten reaktionären ADGB-Figuren jedoch alle Bewegungsfreiheit und Hilfe zu geben. Auf diese Weise hievten sie u. a. Hans Böckler, den späteren ersten DGB-Vorsitzenden, im wichtigen Bezirk Nordrhein in eine Schlüsselposition beim Wiederaufbau der Gewerkschaften. Böckler hatte zunächst den Plan, die Deutsche Arbeitsfront (DAF), die Pseudogewerkschaft der Nazi-Diktatur, weiterzuführen, und zwar einschließlich des Prinzips der Zwangsmitgliedschaft. Diesen Plan gab er allerdings auf, weil die Besatzungsmächte selbst dagegen waren. Böckler sagte über sein Gewerkschaftskonzept: Die neuen Gewerkschaften sollen *„nicht Kampforganisation, sondern Wirtschaftsorganisation"* sein. Der Kapitalismus liege in Deutschland in seinen letzten Zügen, daher seien die Gewerkschaften *„nicht der Arbeiterklasse, sondern der Volksgemeinschaft verantwortlich"*. Man sieht: Böckler verzichtete zwar auf das faschistische Organisationsmodell der DAF, nicht jedoch auf das ideologische Grundprinzip. Das Geschwätz, der Kapitalismus sei bereits so gut wie erledigt, hatte dabei nur den Zweck, den Kampf der Massen für seine Zerschlagung zu verhindern.

Durch das Potsdamer Abkommen waren die imperialistischen Besatzungsmächte gezwungen, die Bildung gewerkschaftlicher Organisationen, zumindest auf lokaler Ebene, zuzulassen. Sie konnten nicht verhindern, daß in den Industriezentren eine Reihe von Gewerkschaftsorganisationen entstanden, die oft klar unter der Führung der Kommunisten und anderer wirklich antifaschistischer Kräfte standen. Gelang es den Militärregierungen nicht, diese Kräfte durch Intrigen und Zwang aus den Führungspositionen auszuschalten und sie durch ihnen ergebene Reformisten zu ersetzen, so erzwangen sie einfach die Auflösung der betreffenden Organisation. So auch im Falle der „Sozialistischen Freien Gewerkschaft" (SFG), die sich 1945 in Hamburg gründete. Innerhalb von fünf Wochen schlossen sich ihr über 50.000 Hamburger Arbeiter an. Die SFG kämpfte natürlich für die Verbesserung der schlechten Lebensmittelversorgung, aber auch für die Entnazifizierung, für die Bestrafung der Kriegsverbrecher und für die Sozialisierung. Fünf Wochen nach Gründung der SFG erzwang die Militärregierung ihre Auflösung. An ihrer Stelle wurde jetzt eine Gewerkschaftsorganisation durchgesetzt, an deren Spitze altbewährte Arbeiterverräter des früheren ADGB standen, die die Besatzungsbehörden als „die wahrhaften Gewerkschaftsführer" bezeichneten.



Die RGO, die Alternative zum reaktionären Gewerkschaftsapparat. Demonstration am 1. Mai.

Ausschlußterror gegen Kommunisten

Es würde zu weit führen, all die Maßnahmen und Manöver zu schildern, mit denen die imperialistischen Besatzungsmächte und die deutsche Reaktion die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung unterdrückten, bekämpften, ausmanövrierten und der Arbeiterklasse schließlich den imperialistisch-reformistischen DGB-Apparat aufzwangen. Das gelang ihnen, obwohl die KPD zunächst in den Betrieben sehr stark wurde. So stellte die KPD nach den Betriebsratswahlen 1946 in den entscheidenden Bereichen Bergbau und Metallindustrie jeweils mehr Betriebsräte als die SPD. Die KPD führte gewaltige Massenkämpfe der Arbeiter an, gegen die schlechte Versorgungslage, für Sozialisierung, gegen die Industriedemontage durch die Imperialisten.

Aber trotz dieser Stärke der KPD an der Basis, im Betrieb, wurden ihre Funktionäre zunehmend aus den Gewerkschaftsapparaten ausgebootet. Schließlich ging dies so weit, daß die Kommunisten auch mit Hilfe von Reversen aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wurden. Als dann der DGB im Oktober 1949 als einheitlicher Dachverband für alle drei Westzonen gegründet wurde, war er fest in der Hand der konterrevolutionären Alt- und Neureformisten, der Stiefellecker des amerikanischen Imperialismus und der wiederaufkommenden deutschen Bourgeoisie. Der DGB-Apparat wurde zu einer entscheidenden Stütze der Reaktion in Deutschland. Er bahnte dem Wiederaufstieg der Krupp und Thyssen, des deutschen Imperialismus den Weg. Er half, den Kampf gegen die Spaltung Deutschlands niederzuschlagen. Er würgte die Streikbewegung von Millionen Arbeitern gegen das von Adenauer und Co. aufgetischte reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz ab. Er unterstützte die Remilitarisierung. Und er bereitete durch seinen Ausschlußterror gegen die Kommunisten das KPD-Verbot mit vor. Er leistete auch einen entscheidenden Beitrag, um die Kämpfe der Werktätigen gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze abzuwürgen.

Von Anfang an hatten die Kommunisten den Kampf gegen die Etablierung des imperialistischen DGB-Apparats geführt. Aber nach dem KPD-Verbot vollzog sich die bürgerliche Entartung der KPD. Die Reimann-Clique in der KPD-Führung folgte Chruschtschow und Ulbricht auf dem Weg des Verrats am Marxismus-Leninismus. Dadurch erlitt die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland einen schweren Rückschlag. Die Front gegen den DGB-Apparat wurde entscheidend geschwächt. Die DKP-Revisionisten aber mauserten sich zur wichtigsten Stütze des DGB-Apparats.

Heute aber geraten die DGB-Bonzen und ihre revisionistischen Gefolgsleute zunehmend in Bedrängnis. Unter Führung unserer Partei schließen sich die klassenbewußten Arbeiter zur Revolutionären Gewerkschafts-Opposition zusammen. Die diesjährigen Betriebsratswahlen wurden zum Kampfsignal. Sie zeigen, daß sich in der RGO das Wiedererstarken der revolutionären Gewerkschaftsbewegung verkörpert, die nur im unversöhnlichen Kampf gegen den imperialistischen DGB-Apparat voranschreiten kann.

DGB-Kongreß — Parlament der Arbeit?

Der 11. Ordentliche DGB-Kongreß hat begonnen, das sogenannte „Parlament der Arbeit". Parlament der Arbeit? Ist dieser Kongreß wirklich eine Tribüne der Arbeiterklasse, ihrer Interessen und ihres Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung? Schon die Tatsache, daß Bundespräsident Walter Scheel, dieser widerliche Reaktionär, Feind des arbeitenden Volkes und oberster Repräsentant des Bonner Kapitalistenstaates, den Kongreß eröffnet, spricht Bände.

Die Delegierten, die seinen schmierigen Tiraden über die Großartigkeit „unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung" Beifall zollen, seinem abgeschmackten Geschwätz über „Opfer, die wir alle bringen müssen" — sind das unsere Vertreter, Verfechter der Interessen des ausgebeuteten und unterdrückten Proletariats? Nein. Das zu behaupten, wäre eine Verhöhnung der Arbeiterklasse, die wir den modernen Revisionisten, den Führern der DKP überlassen.

Es ist wahr: In den letzten Monaten und Jahren bekamen die Sprüche der Vetter, Loderer, Kluncker und Co. einen radikaleren Klang. Sie sind gezwungen, sich in Worten linker, antikapitalistischer zu geben. Trotz ihrer Predigten vom „sozialen Frieden", trotz ihrer reaktionären Sozialpartnerschaftspolitik, haben sich die Klassenkämpfe verschärft. Krise, Arbeitslosigkeit, Rationalisierungsterror und zunehmende Ausbeutung haben das Klassenbewußtsein der Arbeitermassen geschärft. Wachsende Empörung über die brutalen Angriffe der Kapitalisten auf unsere Lebenslage und zunehmende Kampfbereitschaft prägen die Stimmung unter den Kollegen. Die Streikbewegungen der vergangenen Monate sprechen eine deutliche Sprache.

In diesen Kämpfen gegen den Reallohn-Abbau, gegen Arbeitsplatzvernichtung und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hat sich die arbeiterfeindliche Rolle des DGB-Apparats deutlich gezeigt. Mit der Taktik der Schwerpunktstreiks haben die Führungen der IG Metall und der IG Druck und Papier dem Aussperrungsterror der Unternehmer voll in die Hände gearbeitet. In anderen Branchen wie bei Eisen und Stahl, in der Bauindustrie oder im Einzelhandel verhinderten die Bonzen, daß es zur Urabstimmung und zum organisierten Streik kam.

Auch wenn die Arbeiter ihre Forderungen trotz teilweise harten, mutigen und aufopferungsvollen Kampfes nicht durchsetzen konnten, weil der DGB-Apparat ihnen in den Rücken fiel — ein Ergebnis haben die Kämpfe der letzten Zeit: Vielen Kollegen wurde klar, daß der DGB-Apparat mit seiner Klassenversöhnungspolitik die Interessen der Kapitalisten verficht, daß es richtig und notwendig ist, die Einheitsfront der Arbeiter gegen Kapitalisten und DGB-Apparat zu schmieden. Das zeigten nicht nur die zahlreichen Äußerungen des Protestes und der Empörung über die Bonzen, die es in den Betrieben und auf Gewerkschaftsversammlungen nach den verräterischen Abschlüssen gegeben hat. Das zeigte sich auch bei den Betriebsratswahlen, wo in vielen Fällen revolutionäre Kandidaten gewählt wurden und RGO-Listen teilweise spektakuläre Erfolge erringen konnten.

Der DGB-Kongreß soll jetzt dazu dienen, den geschwächten Einfluß des Gewerkschaftsapparates in der Arbeiterschaft wieder zu festigen, seine Arbeiterfeindlichkeit zu übertünchen. Sicher — die Töne der Bonzen werden radikaler, und es werden auch Anträge gestellt, die richtige Forderungen beinhalten. Zum Beispiel die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich oder die Forderung nach endgültigem Austritt aus der Konzertierten Aktion. Aber das alles dient nur zur Augenwischerei. Der DGB-Apparat, der mit dem Kapital und dem Bonner Ausbeuterstaat völlig verfilzt und verwachsen ist, bleibt eine Stütze der Bourgeoisie zur Durchsetzung ihrer Profit- und Machtinteressen. Er wird, in welcher Form auch immer, an seiner reaktionären Politik der Klassenzusammenarbeit festhalten. Und den Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird er nach wie vor sabotieren. Darüber können weder scheinheilige Lippenbekenntnisse zu richtigen Forderungen, noch heuchlerische Bekenntnisse zum Recht auf Arbeit hinwegtäuschen.

Kundgebung gegen ITT-Konzern

900 Arbeitsplätze werden vernichtet, wenn das Rundfunkgerätewerk von Standard Electric Lorenz (SEL) in Rastatt geschlossen wird, wie es der ITT-Konzern plant. Da die Arbeitslosenquote in Rastatt jetzt schon 5,2 Prozent beträgt und damit die höchste in Baden-Württemberg ist, verschlechtert sich dadurch die elende Lage der Rastätter Werktätigen noch mehr. 2.000 Arbeiter und Angestellte aus Rastatt, darunter 100 Kollegen des SEL-Werks Stuttgart, protestierten deshalb auf einer Kundgebung auf dem Rastätter Marktplatz gegen die Schließung. Der IGM-Apparat, der auf der Kundgebung die Illusion verbreitete, die Schließung sei auf „Manager-Fehler" zurückzuführen, hatte auch Pfaffen der katholischen Kirche angeschleppt, die ihnen helfen sollten, die Empörung der Rastätter in für den Kapitalismus ungefährliche Bahnen zu lenken.

Tarifabschluß im Bau

Auf die Empörung der 920.000 Bauarbeiter wird das Schlichtungsergebnis von 5,6 Prozent Lohnerhöhung und leichter Verbesserung des 13. Monatsgehalts stoßen, das sofort von der Großen Tarifkommission der IG Bau, Steine, Erden akzeptiert wurde. Dieses Ergebnis ist deshalb besonders empörend, weil die Bauarbeiter, die Schwerarbeit leisten, ohnehin auf der Lohnskala weit unten stehen. Dies vor allem deshalb, weil der IG-Bau-Apparat ihnen in den letzten Jahren ständig Niedrigabschlüsse aufgezwungen hat. Dazu kommt die lächerlich geringe Erhöhung des 13. Monatsgehalts, die von den Bauarbeitern nur als Provokation aufgefaßt werden kann. Für Anfang Juni ist eine Urabstimmung angekündigt. Die Gewerkschaftsbonzen wagen es nicht, auf eine Urabstimmung zu verzichten, da der Schlichtung eine Welle von Warnstreiks vorausgegangen war, an der über 270.000 Arbeiter teilgenommen haben. Bis Anfang Juni sollen offensichtlich die Wogen der Empörung geglättet werden.

Werksschließung in Osnabrück

Das Werk Osnabrück der F. H. Hammersen GmbH, die zur Dierig Holding AG, Augsburg gehört und 500 Beschäftigte hat, soll geschlossen werden. Dierig, der 76 Prozent Anteil an der Aktiengesellschaft hat, hat sich noch 1976 eine Dividende von 3,50 DM je 50-DM-Aktie ausschütten lassen. Die Schließung begründet er mit der hohen Lohnsteuersumme und den ungünstigen Standortbedingungen in Osnabrück. Vorgespräche mit dem Betriebsrat haben schon stattgefunden. Es sollen 400 Kollegen entlassen werden.

Neuer Tarifvertrag

Mit 5,2 Prozent Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen sollen die Kollegen der südbayrischen Textilindustrie abgefunden werden. Das ist das Ergebnis der Tarifverhandlungen, die außerdem eine Erhöhung der Jahressonderzahlung auf nur 45 Prozent brachten. Die Arbeiter der bayrischen Steine- und Erdenindustrie sollen sogar nur 48 Pfennig in den Lohngruppen 1 und 2 und 50 Pfennig in den übrigen Gruppen erhalten. Die Angestellten der insgesamt 35.000 Beschäftigten erhalten 5,7 Prozent Gehaltserhöhung.

Warnstreiks bei Buchhandel und Verlagen

Nachdem bei der Buchhandlung Wittwer in Stuttgart und dem Ulmer-Verlag Stuttgart gestreikt worden war, legten am 18. 5. auch beim Verlag Bibliographisches Institut AG in Mannheim 150 Kollegen für zwei Stunden die Arbeit nieder. Sie protestieren gegen einen Tarifvertrag, den die Unternehmer mit der DAG in Abwesenheit der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen ausgehandelt hat und der nach DAG-Angaben auf 5,2 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhung hinausläuft. Aber trotz ihrer höheren Forderungen sabotieren auch die HBV-Bonzen den Kampf, wo sie nur können.

RGO-Gruppen gegründet

Aus Westberlin erreichte uns die Nachricht von der Gründung neuer RGO-Gruppen. Kollegen von AEG-Brunnenstraße führten zu der anstehenden Betriebsratswahl eine Versammlung durch, auf der sie zugleich die RGO-Betriebsgruppe für AEG-Brunnenstraße gründeten. Der Mitgliedsbeitrag wurde auf 5 DM festgelegt. Für die Druck- und Papierbranche Westberlins wurde eine Branchengruppe der RGO gegründet.

Auf zwei Dortmunder Zechen: 3 Tote in 2 Monaten

Wie „Schlag zu!" — Betriebszeitung der KPD/ML für die Zeche Gneisenau, enthüllt, sind allein in den letzten beiden Monaten auf zwei Zechen in Dortmund drei Kumpels auf schreckliche Weise ums Leben gekommen.

Vor etwa zwei Monaten wurde ein 19jähriger Jungbergmann auf Gneisenau von einer herunterstürzenden 20 Zentner schweren Kappe aus Stahl begraben und furchtbar zugerichtet. Der junge Kollege konnte nur noch tot geborgen werden.

Jetzt kam es auf Gneisenau schon wieder zu einem tödlichen Arbeitsunfall. Dem 42jährigen Kumpel Hans Ulrich war beim Fördern eine VW-Kappe mit voller Wucht aus dem Strebpanzer ins Gesicht geschlagen. Weil der Streb nicht vorschriftsgemäß ausgestattet war, mußte der Schwerverletzte dann von sechs Mann aus einer schwierigen Lage herausgezogen werden. Als der Rettungshubschrauber schließlich da war, war der Kollege bereits tot. Bevor dann die Untersuchungsbeauftragten der Bergbehörde kamen, ließen die Zechenbosse schnell noch entsprechende Umbauten am Unfallort vornehmen, um die Ursachen dafür, daß Hans Ulrich sterben mußte, zu vertuschen.

Auch auf Minister Stein starb vor kurzem ein Kumpel durch einen Arbeitsunfall. Günter Karpinski, Vater zweier Kinder, wurde von einem Bruch begraben und lag dort drei Tage lang. Er konnte nur noch tot geborgen werden. Die Kumpels, die bei den schwierigen Bergungsarbeiten dabei waren, bangten um das Schicksal des Kumpels. Aber währenddessen hatten die Verantwortlichen ihn bereits abgeschrieben. „Fachleute geben keine Überlebenschance mehr", erklärten sie gegenüber der Presse. Sie kümmert es doch nicht, wenn ein Kumpel nach drei Tagen nur noch tot herausgebracht wird!

Die Betriebszeitung „Schlag zu!" schreibt dazu: „Drei Tote auf Gneisenau und Minister Stein allein in den letzten zwei Monaten — alles unberechenbare Schicksalsschläge? Nein! Schuld daran, daß immer wieder Kumpels sterben müssen, ist das kapitalistische System, in dem das Streben nach Tonnen, nach dem Profit, an höchster Stelle steht. Das Leben eines Arbeiters gilt demgegenüber nichts!"

RGO-Broschüre



Preis 0,50 DM

**zu bestellen bei:
Hanfried Brenner,
Haydn Straße 52,
4600 Dortmund 1**

Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich

Kämpft mit der RGO!

Loderer hüh — Vetter hott? Der eine für, der andere gegen die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich? Nun — Worte sind billig. Wenn Loderer sich plötzlich als Verfechter dieser wichtigen und notwendigen Forderung der Arbeiterklasse aufspielt, wenn er im Gegensatz zu bisherigen Äußerungen von Vetter jetzt für den vollen Lohnausgleich plädiert, so heißt das noch lange nicht, daß er wirklich dafür ist und den Kampf zur Durchsetzung dieser Forderung unterstützt.

So forsch-radikal sich Loderer auch in der „Bild"zeitung gab — er versäumte es doch nicht, sich ein Hintertürchen für den Verrat offenzuhalten. Einerseits tönte er zwar, Arbeitszeitverkürzung sei „das Gebot der Stunde". Andererseits schränkte er jedoch sofort ein: „Das alles werden wir sicherlich nur in einem Stufenplan über mehrere Jahre hinweg erreichen können."

Natürlich werden die Kapitalisten sich mit Zähnen und Klauen gegen die Durchsetzung dieser Forderung wehren. Natürlich ist es da nicht mit ein paar Warnstreiks und mit „geschickter Verhandlungstaktik" getan. Diese Forderung kann nur durchgesetzt werden in harten Kämpfen von Millionen Arbeitern und kleinen Angestellten, im machtvollen revolutionären Klassenkampf, der die Schranken der bürgerlichen Legalität durchbricht und die Kapitalisten unter schweren Druck bringt.

Sind die Loderer und Vetter, ist der prokapitalistische DGB-Apparat etwa willens und bereit, in diesem Sinne zu handeln? Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr! Wie ist es denn mit anderen Forderungen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit oder einem wirksamen Schutz gegen Abgruppierungen? Der DGB-Apparat hat den Kampf dafür immer wieder abgewiegelt und sabotiert. Und genau das tut er auch beim Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Allerdings: So gelingt ihm um so weniger, je mehr die breiten Massen des Proletariats ihn durchschauen und sich dementsprechend wachsam verhalten und sich gegen diesen Feind in den eigenen Reihen zusammenschließen. Auch Loderer weiß das, und seine Wortradikalität im Millionenblatt „Bild" ist ein wohlberechneter Schachzug dieses abgebrühten Arbeiterverräters. Im übrigen — ist es nicht nackter Hohn, wenn Loderer in seinem Interview tönt: „Durch Lohnverzicht wurden noch niemals Arbeitsplätze geschaffen", ansonsten aber alles tut, um den Kollegen Lohnraubabschlüsse aufzuzwingen?

Es ist wahr: Durch Lohnverzicht werden weder Arbeitsplätze gesichert noch neue geschaffen. Weil die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition diese Wahrheit, die jetzt von immer mehr Kollegen erkannt wird, von Anfang an vertreten hat, weil sie sich demgemäß kompromißlos für den unversöhnlichen Klassenkampf einsetzt, gewinnt sie zunehmend die Unterstützung der klassenbewußten Arbeiterschaft. Die RGO hat den konsequenten Kampf für die 35-Stunden-Woche in ihrem Grundsatzprogramm verankert. Sie wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um den Kampf dafür voranzutreiben. Deshalb muß unsere Devise sein: Kein Vertrauen in scheinheilige Lippenbekenntnisse der DGB-Bonzen, sondern den Aufbau der RGO unterstützen, sich in der RGO organisieren, mit der RGO kämpfen.

Jugendarbeitsschutz

Lehrlinge sollen samstags arbeiten

Ein Brief des hessischen Handwerkstages an den Ministerpräsidenten Börner reichte. Und schon setzt sich die hessische Regierung dafür ein, das Samstagsarbeitsverbot für Jugendliche im Kfz-Handwerk aufzuheben. Laut Jugendarbeitsschutzgesetz ist dies verboten. Doch Papier ist geduldig. Der hessische Wirtschaftsminister Karry erklärte einfach die Autoreparaturwerkstätten zu „Nothilfe"-Einrichtungen, „ohne die ein reibungsloser Ablauf des Verkehrs nicht gewährleistet wäre". Und „Nothilfe"-Einrichtungen, wie beispielsweise Krankenhäuser, fallen eben unter den Ausnahmekatalog des Jugendschutzgesetzes.

Dieser Angriff auf die erkämpften Rechte zum Schutz der Jugend vor gesundheitlicher Ruinierung wird wie auch in anderen Fällen damit begründet, nur so sei zu verhindern, daß Lehrstellen verlorengehen. Bereits im Herbst letzten Jahres „prüfte" die Bundesregierung, ob nicht Teile des Jugendarbeitsschutzgesetzes „ausbildungshemmend" seien. So will man die Schichtzeit in Gaststätten von elf auf 12,5 Stunden verlängern. In Bäckereien soll ein 16jähriger wieder ab vier Uhr morgens arbeiten müssen. Und Lehrlinge im Hotel- und Gaststättengewerbe sollen auch am Sonntag auf den Beinen sein.

Gerade diese Überlegungen zeigen, daß es der Regierung keineswegs um die „Ausbildung" geht, sondern darum, den Betrieben die verschärfte Ausbeutung von Jugendlichen und Auszubildenden offiziell zu genehmigen.

All dies geht auf Kosten der Gesundheit. Auf Kosten der beruflichen Ausbildung. Es ist in der Tat so, wie es das Jugendkampfprogramm der Roten Garde analysiert: **„Das System der kapitalistischen Berufsausbildung hat alles andere als den Zweck, die Masse der Jugend einen qualifizierten Beruf erwerben zu lassen. Für die Kapitalisten sind wir nur eine Ware, ein Ausbeutungsobjekt. Wieviel Wissen und Bildung ein Jugendlicher erwerben darf, hängt davon ab, was für die Kapitalistenklasse profitabel ist."**

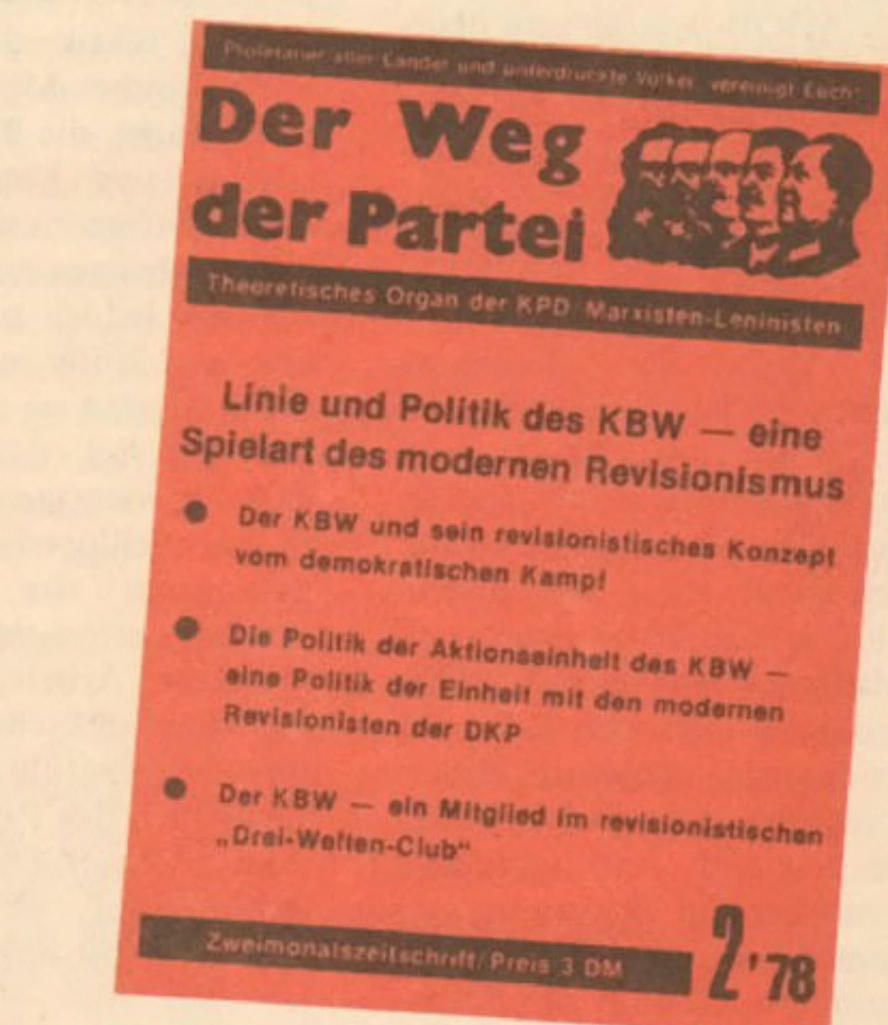
„Der Weg der Partei" 2/78 erschienen:

„Linie und Politik des KBW — eine Spielart des modernen Revisionismus"

Nachdem das Theoretische Organ der KPD/ML, „Der Weg der Partei", sich in früheren Ausgaben ausführlich der revisionistischen Gruppe Rote Fahne gewidmet hat, geht die neueste Ausgabe des „Wegs der Partei" auf die Linie und Politik eines anderen westdeutschen Zirkels ein: die des KBW. Anhand der Untersuchung von drei Fragen, die in der Auseinandersetzung mit dem KBW eine zentrale Rolle spielen, weist „Der Weg der Partei" nach, daß es sich bei der Linie und Politik des KBW um eine Spielart des modernen Revisionismus handelt. Diese drei zentralen Punkte der Untersuchung sind:

- **Der KBW und sein revisionistisches Konzept vom demokratischen Kampf;**
- **die Politik der Aktionseinheit des KBW — eine Politik der Einheit mit den modernen Revisionisten der DKP;**
- **der KBW — ein Mitglied im revisionistischen „Drei-Welten-Club".**

Diese Auseinandersetzung mit der Linie und Politik des KBW soll zum einen als Hilfe dienen, um im täglichen Kampf der Partei den revisionistischen Einfluß des KBW unter den Werktätigen besser isolieren zu können. Zugleich soll sie auch eine Unterstützung für die Mitglieder und Sympathisanten des KBW sein, die zwar schwere Differenzen zur Linie und Politik des KBW haben, aber noch Illusionen über den revisionistischen Charakter dieser Organisation und ihrer Führung besitzen.



Die Ausgabe 2/78 des Theoretischen Organs „Der Weg der Partei" ist in allen Parteibüros der KPD/ML erhältlich. Sie kann auch über den GEWISO-Buchvertrieb, Postfach 50 05 68, 2000 Hamburg 50, bezogen werden. Der Einzelpreis beträgt 3 DM, der Abonnementpreis für sechs Ausgaben inklusive Porto 15 DM.

— GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS! —

Kiel/Hamburg/Bremen

Protest gegen Antifaschisten-Prozeß

Auch in der letzten Woche verhandelten die Gerichte in Kiel und Hamburg gegen die Antifaschisten. Während wirkliche Verbrecher, wie die faschistischen Massenmörder von Majdanek, von der westdeutschen Klassenjustiz „zuvorkommend“ behandelt werden, stempelt das Hamburger Gericht die Antifaschisten von vorneherein als gefährliche Kriminelle ab. In Hamburg findet der Prozeß im Staatsschutzsaal statt — mit einer vier Meter hohen Trennscheibe zwischen Öffentlichkeit und Angeklagten. Angeklagte und Zuschauer werden von der Polizei durchsucht. Mit diesen unverschämten Kontrollen sowie mit dem Fotokopieren der Personalausweise aller Zuschauer will das Gericht die Öffentlichkeit abschrecken, will es eine breite Solidarität mit den Angeklagten verhindern.

Doch Angeklagte und Zuschauer haben den Kampf gegen diese Unterdrückungsmaßnahme aufgenommen. Bereits am dritten Prozeßtag setzten zwei Zuschauer beim Verwaltungsgericht durch, daß die Ablichtung der Personalausweise unterblieb. Das Verwaltungsgericht erklärte: „Die generelle Feststellung der Personalien aller Zuhörer geht über das hinaus, was zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung — auch vorbeugend — angeordnet werden kann.“

Am 18. Mai fanden sich über 100 Zuschauer am Strafjustizgebäude ein. Gegen die Weisung des Verwaltungsgerichtes betrieb das Landgericht erneut die Taktik der Behinderung und Diskriminierung. Auch dieses Mal wollte das Gericht die Personalien registrieren. Doch die Hälfte der Zuschauer zog daraufhin zum Verwaltungsgericht und setzte durch, daß es eine Verfügung gegen die Personalkontrollen aussprach. So fand der Prozeß erst drei Stunden später statt, ab 13 Uhr. Mehr als 100 Zuschauer konnten so, ungehindert von Ausweiskontrollen, ihre Solidarität mit den angeklagten Antifaschisten ausdrücken.

Die breite Unterstützung, die der Kampf der Antifaschisten genießt, erfuhren auch Bremer Genossen, die ein Flugblatt zu dem Antifaschisten-Prozeß verteilten. Sie berichten: Drei Genossen zogen mit einem Transparent in die Innenstadt, um auf den Prozeß und auf die Provokation hinzuweisen, daß gerade am Tag der Befreiung vom Hitler-Faschismus Antifaschisten vor Gericht gestellt werden. Das Transparent stellte drei KZ-Häftlinge dar, wie sie unmittelbar nach der Befreiung, dem Häftlingsaufstand in Buchenwald, ausgesehen haben: abgemagert bis auf die Knochen, elend, aber in ihrem Widerstandswillen ungebrochen. Ein Genosse hat es nach einer Dokumentaraufnahme gemalt. Diese Darstellung zusammen mit dem Text „So weit ist das also wieder gekommen in diesem Staat“ hatte eine sehr starke Wirkung auf die Bevölkerung. Es gelang den Genossen, in anderthalb Stunden etwa 800 Flugblätter zu verteilen. So viele Flugblätter wurden an dieser Stelle noch nie in so kurzer Zeit verteilt. Es war so, daß viele Menschen vor dem Transparent stehenblieben, es eine Weile stumm betrachteten und dann zu dem Flugblattverteiler gingen, um sich ein Blatt zu holen. Manchmal konnte der Genosse gar nicht schnell genug verteilen, um alle zu erreichen. Zweimal tauchten zivile Polizeibeamte auf, die unsicher herumguckten und dann wieder abzogen. Die Polizei hat nichts unternehmen können, weil sie sofort gemerkt hat, daß sie sich den Zorn der Leute zuziehen würde. Die Aktion zeigt, wie groß die Empörung über die Faschisierung in diesem Zusammenhang ist. Das Transparent traf genau, es rüttelte die Menschen auf. Wir werden es jetzt noch öfter während des Prozesses einsetzen.



Ein von Bremer Genossen hergestelltes Transparent. Es stellt drei KZ-Häftlinge dar, wie sie unmittelbar nach der Befreiung, dem Häftlingsaufstand in Buchenwald, ausgesehen haben: abgemagert, elend, aber in ihrem Widerstandswillen ungebrochen.

Bochum

Polizei schießt 17jährigen Lehrling nieder

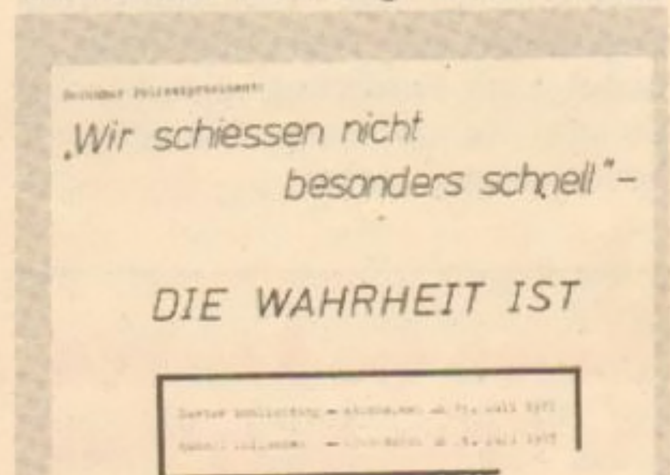
Uwe ist Tankstellenlehrling. Am Pfingstsamstag besucht er die Kirmes in Bochum-Weitmar. Er trifft dort einen 18jährigen Freund. Die beiden trinken. Spät am Abend beschließen sie, zum Fernsehen in die Wohnung eines Verwandten zu gehen. An der Ecke Kemnaderstraße/Wabenweg kommt ihnen in ihrer Bierlaune in den Kopf, einen Wagen aufzubrechen. Vielleicht, um etwas zu stehlen, vielleicht, um eine Spritztour zu machen. Uwe kann es nicht mehr sagen. Denn er liegt auf der Intensivstation. Lebensgefahr. Eine Polizeikugel hat seine Lunge zerfetzt.

Uwe ist nun schon das achte Opfer der schießwütigen Bochumer Polizei in den letzten zwei Jahren. Zwei Menschen sind in dieser Stadt bereits an den Polizeikugeln gestorben: Gustav Schlichting und der 17jährige Rudolf Pollaczek, getötet durch einen Schuß ins Auge. Ob Uwe den Polizeianschlag überleben wird, ist nicht gewiß. Aber eins ist sicher: Die Bochumer Werktätigen werden diesen neuen Beweis des Polizeiterrors gegen die Bevölkerung nicht vergessen.

Da meldet ein Parkplatzanwohner der Polizei: „Zwei Jungen machen sich an einem gelben Ford zu schaffen.“ Und schon fahren zwei Polizisten in Zivil zu dem Parkplatz, springen aus dem Wagen, ziehen die Pistole. Als sie „Halt, Polizei!“ rufen, versucht Uwe zu türmen. Der Polizeimeister Wolfgang A. bekommt ihn zu fassen und knallt ab. Die Kugel schlägt dem Lehrling von hinten durch die rechte Schulter in die Lunge und den Bauch. Ein Versehen? „Ein Unglücksfall, der Beamte wollte nicht schießen“, wie sofort das Polizeipräsidium in die Welt setzt!? Nein — dieser Polizeiüberfall ist Ausdruck des systematischen Polizeiterrors gegen die werktätige Bevölkerung, des planmäßigen Drills der Polizei, mit Waffen auf Menschenjagd zu gehen.

Es grenzt schon an bodenlosen Zynismus, wenn der Bochumer Polizeipräsident zu den acht Polizeischießereien auf Werktätige in den letzten zwei Jahren erklärt: „Kein Fall von Schußwaffengebrauch gleicht dem anderen! Alle Fälle der letzten Jahre haben vom Ansatz her unterschiedliche Merkmale.“ Was ist denn daran unterschiedlich? Ob ein 17jähriger von hinten erschossen wird oder durchs Auge? Ob ein Autofahrer durch „einen sich lösenden Schuß“ getötet wird oder dadurch, daß „sich unbeabsichtigt ein Schuß aus der Dienstpistole gelöst“ hat? Kein Täuschungsmanöver, keine Lüge, keine Verdrehung lassen Staatsanwaltschaft und Polizeibehörden aus, um den Polizeiterror zu decken, um die Empörung der Bevölkerung abzuwiegeln. So auch jetzt wieder. Da heißt es einmal: „Die beiden Polizisten standen mit einer geladenen, gesicherten und entspannten Pistole in der Hand.“ Ein anderes Mal erklärt der Polizeipräsident: „Vielleicht hat sich bei der entsicherten Waffe im Handgemenge der Hahn gespannt.“ Für die Polizei kein Widerspruch!

Die Bevölkerung in Bochum allerdings empört sich mehr und mehr über den Polizeiterror. Das zeigte sich auch, als die Genossen der Partei ein Flugblatt gegen diesen Polizeieinsatz verteilten. Viele spüren, daß die Kapitalistenklasse ihre Polizei systematisch darauf drillt, gegen die Werktätigen vorzugehen — sei es mit dem Gummiknüppel, sei es mit der Pistole. Die Polizeischießereien, die Bewaffnung der Polizei mit Maschinenpistole, der Freibrief für Morde durch das neue Polizeigesetz — all dies zeigt, daß dieser Staat die Polizei zu einer Terrortruppe gegen die Werktätigen aufrüstet, daß Polizeimorde kein „Einzelfall“ sind, sondern „System“ zeigen.



- Am 17. September 1975 schießen Polizisten in Zivil auf den Kaufmann Gerhard Send und die 19jährige Sportstudentin Ursula Viefhaus. Send wird lebensgefährlich verletzt. Das Ermittlungsverfahren gegen die Polizei: eingestellt.
- Zwei Wochen später: Bei einer Verkehrskontrolle wird ein Autofahrer „von einem sich lösenden Schuß“ tödlich getroffen. Das Ermittlungsverfahren gegen die Polizei: eingestellt.
- Am 18. Juli 1977 wird der Bauunternehmer Gustav Schlichting bei einem Familienstreit von einem einschreitenden Polizisten „in Notwehr“ erschossen. 2.000 Mark Geldstrafe für den Polizisten.
- Eine Woche später erschießt ein Bochumer Polizist den 17jährigen Bauhilfsarbeiter Rudolf Pollaczek in Herne durch einen Schuß ins Auge. „Notwehr“ — der Polizist wird freigesprochen.

Protest gegen Einreiseverbot für albanische Delegation

Hamburg. Die Gesellschaft der Freunde Albaniens e. V. hat eine Protesterklärung gegen das Einreiseverbot für den albanischen Jugendverband an das Auswärtige Amt geschickt. Darin heißt es unter anderem: „Das Einreiseverbot ist ein erneuter Versuch, der Freundschaft zwischen beiden Völkern zu schaden. Bereits im Februar 1977 wurde einer Delegation der Partei der Arbeit Albaniens trotz zahlreicher Proteste die Einreise verweigert, während Breschnew mit allen Ehren empfangen wird... Wir protestieren aufs schärfste dagegen und fordern die Einstellung der Angriffe auf die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk.“

GSG 9 nach Argentinien

Die Bundesregierung plant, die Terror-Truppe GSG 9 zur Begleitung der Fußball-Nationalmannschaft nach Argentinien zu senden. Diese ungeheuerliche Tatsache wurde erst bekannt, als die argentinische Junta öffentlich erklärte, sie selbst habe genug Polizeitruppen aufgestellt und wünsche keine ausländischen bewaffneten Truppen. Inzwischen hat die Bundesregierung erklärt, dieses Thema solle „nicht mehr öffentlich erörtert werden“. Also wird die GSG 9 mitfliegen!

Mit Paragraph 88a verurteilt

Köln. Das Kölner Landgericht hat jetzt das erste Mal seit Einführung des Paragraphen 88a („verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten“) einen Buchhändler mit dieser Begründung zu einer dreimonatigen Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt. Der Buchhändler hatte in seinem Geschäft die Zeitschrift „Revolutionärer Zorn“ ausgelegt. Den noch weitergehenden Vorwurf der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ mußte das Gericht fallenlassen. Diese Verurteilung richtet sich gegen die Verbreitung jeglicher revolutionärer Propaganda und ist ein unverschämter Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit. Weg mit dem Paragraphen 88a!

1.-Mai-Demonstrant in Haft

Westberlin. Detlev Amor aus der „Anti-Atomkraft-Gruppe Wedding“ wurde bei einer 1.-Mai-Demonstration in Westberlin festgenommen. Er sitzt trotz 30 Entlastungszeugen immer noch in Haft. Der 26jährige Demonstrant hatte in einem „Demonstrationstheater“ gegen Atomkraftwerke die Rolle der „Pullizei“ gespielt. Mit dieser Aufschrift auf dem Helm, Holzstöcken und Motorradjacken hatten er und andere ein Atomkraftwerk aus Pappe „beschützt“. Die Polizei umstellte die Theatergruppe, prügelte auf den jungen Mann und weitere Personen in der Nähe ein. Sie behauptet nun, der Demonstrant habe einen Polizisten mit seinem Holzstock geschlagen. Die Anklage lautet auf „schweren Landfriedensbruch, Widerstand und Verletzung eines Polizisten“. Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Nazi-Ausbildungslager in Kamen



Kamen. Auf dem Gutshof „Barendräuker“ in Kamen, der dem NPD-Bezirksbeauftragten Karl-Heinz Hartung gehört, unterhalten die Nazis ein Ausbildungslager. Seit vier Jahren treffen sich dort allwöchentlich Junge Nationaldemokraten zu Schulungen. Nach Aussagen von ehemaligen „Gesinnungsfreunden“ sind auf dem Hof Schlaf- und Unterbringungsmöglichkeiten für bis zu 100 Personen. Mehr als 600 Jung-Nazis sollen in den letzten beiden Jahren das Ausbildungslager durchlaufen haben. Die Nachbarn haben berichtet, daß dort auch eine Art paramilitärischer Ausbildung abgehalten wird. Von diesem Hof aus starteten die Nazis Provokationen, wie erst kürzlich bei der Lesung des Schriftstellers Hilsenrath. Dort tauchten sie mit Fahrradketten und Hunden auf, um die Lesung zu sprengen.

Nieder mit der braunen Pest!

Nassau. Mehrere hundert Menschen protestierten gegen ein Treffen der SS-Einheiten „Leibstandarte Adolf Hitler“ und „Hitlerjugend“ in Nassau. Dieses Treffen findet seit zehn Jahren regelmäßig in Nassau statt. Mit Billigung der Ratsherren tagten die SS-Mörder in der Stadthalle. Einer der Redner: der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Wissebach, im zweiten Weltkrieg selbst Angehöriger der Waffen-SS.

Schwarzfeld/Harz. Über Pfingsten trafen sich in Schwarzfeld etwa 400 Nazis. Das Treffen wurde mit Unterstützung der Gemeindebehörde organisiert. Als die Nazis offen Ausgaben von „Wille und Weg — Nationalsozialistische Reichszeitung“, „NS-Kampfruf“ und „Völkischer Beobachter“ verteilten, sah sich die Polizei gezwungen, das Propagandamaterial zu beschlagnahmen. Die Staatsanwaltschaft wiegelte aber sofort die Bedeutung dieses Neonazi-Treffens ab, indem sie von den insgesamt 400 Teilnehmern des Nazi-Treffens nur 20 bis 30 als „echte rechtsradikale Militante“ bezeichnete.

Schleswig. Die Verwaltung des Kreises Schleswig-Flensburg hat den Jugendpfleger Karl-Ernst Lober entlassen. Der Kreisjugendpfleger hatte die kreiseigene Jugendherberge Borgwedel/Schlei seit 1976 sechsmal für Treffen der neonazistischen Wiking-Jugend zur Verfügung gestellt. Da gerade diese Nazi-Gruppe erwiesenermaßen Raubüberfälle organisiert hat, sah sich die Kreisverwaltung gezwungen, Lober fallen zu lassen. Daß der Kreisjugendpfleger lange Zeit NPD-Abgeordneter im Kieler Landtag war, hat den Kreistag allerdings nicht daran gehindert, ihm die Jugendarbeit anzuvertrauen.

Ausbau der Bespitzelung

Die Polizei soll jetzt mit sogenannten tragbaren „Datenterminals“ ausgerüstet werden. Mit diesen Terminals kann der einzelne Polizist unabhängig von seinem Auto den Zentralcomputer des Bundeskriminalamtes abfragen, der mehrere Millionen Daten über die Einwohner dieses Landes gespeichert hat. Ein weiterer Schritt in dem Ausbau der Bespitzelung und Kontrolle auf Schritt und Tritt.



WDR setzt Film über Rundfunkfreiheit ab

Köln. Der Westdeutsche Rundfunk hat einen Fernsehbeitrag für das dritte Programm mit dem Titel „Ist die Rundfunkfreiheit bedroht?“ abgesetzt. Die Begründung entlarvt die Absetzung als eindeutige Zensurmaßnahme. Es heißt, „die Rohform des Films bestehe aus einer Aneinanderreihung von Protesten einzelner Gruppen, die nicht legitimiert seien, für den DGB zu sprechen. Darüber hinaus habe der Film so viele Mängel an journalistischer Akkuratesse, daß die Lage im deutschen Fernsehen unrichtig dargestellt werde.“

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

Beamtete Ganoven

Vor kurzem war im Lokalteil des „Wiesbadener Kurier" zu lesen: „Aus dem Gerichtssaal. Zwei Polizisten aus dem Rheingau wegen Mißbrauchs ihres Amtes angeklagt."

Dieser Prozeß gegen zwei bekannte und berüchtigte Polizisten erregte unter vielen von uns Aufsehen, weil das Verhältnis von Polizei und Bevölkerung in solch einem ländlichen Gebiet bisher eher vertraulich als distanziert war.

Erst durch verschiedene, vor allem junge Beamte mit strammer „anti"-terroristischer Ausbildung wurde unser Verhältnis zu den Grünen mißtrauischer. Unmotivierte Verkehrskontrollen, Verfolgung von Straußwirtschaftsbesuchern u. ä. verärgerten uns in letzter Zeit immer mehr. Bei solch einer Verkehrskontrolle wurde z. B. ein Freund von mir mit vorgehaltener Pistole gezwungen auszusteigen. Man durchsuchte ihn — wahrscheinlich nach Waffen — und brachte ihn dann ohne Röhrchentest zur ärztlichen Blutentnahme: weit unter 0,8 Promille. Behandelt man so einen normalen Verkehrsteilnehmer?

Aber die Bullen bekamen auch schon unseren Widerstand zu spüren. Nach einer Kontrolle von Straußwirtschaftsbesuchern erlebten sie in Rüdesheim neulich ihr blaues Wunder. Während solch eines Einsatzes zogen beherzte und aufgebrachte Jugendliche diesen Widerlingen einen Kartoffelsack über den Kopf und schnitten ihnen zur Schande die Hosenbeine ab. Ihr hättet die jämmerlichen Figuren sehen müssen!

Nun aber zurück zu den beiden in Wiesbaden angeklagten Beamten: Zwei Kinder betätigten im Rheingau eine Straßenampel, wechselten jedoch nicht die Straßenseite. Die Bullen, als Zivilstreife getarnt, ertappten die Kinder, schleppten sie zu ihrem Wagen, fuhren in einen nahegelegenen Weinberg, zogen die Kinder aus und schlugen mit ihrem Koppel auf die nackten Körper ein. Von diesem sadistischen Vorgehen stellten sie Bilder her, die in dem Prozeß nicht mehr zur Verwendung kamen, da sie vor dem Verfahren von den beiden vernichtet wurden. Das bisherige Ergebnis des Prozesses: keine Entlassung, sondern lediglich Geldstrafen und Innendienstversetzungen — Revision ist beantragt. Während des Verfahrens waren beide Bullen suspendiert und arbeiteten bezeichnenderweise als Bewacher bei einem Industriellen im Taunus.

Um das Bild abzurunden, möchte ich noch zwei persönliche bzw. von nahen Bekannten mitgeteilte Erfahrungen mit genau diesen angeklagten Bullen schildern.

Im Oktober '76 fuhr ich durch Geisenheim. Der Ort besitzt nur eine einzige Ampelanlage. Ich fuhr mit normaler Geschwindigkeit an diese heran, als sie von grün auf gelb sprang. Noch ca. zehn Meter, ich gab Gas und war noch vor der Rotphase über die Ampel hinweg. Hätte ich gebremst, wäre bei der regennassen Fahrbahn mein Wagen auch erst hinterher zum Stehen gekommen. Wenig später stoppte mich eine Zivilstreife und sagte in aggressivem Ton: „Sie sind eben bei Rot über die Ampel gefahren. Unsere Aussage gegen Ihre." Schon war ich 120 DM an die Straßenräuber los und mein Konto um drei Punkte reicher.

In einem anderen Fall haben diese Bullen bei einer nächtlichen Kontrolle einen 14jährigen Mofafahrer „gestellt", der das Nummernschild in der Hand hielt. „Wir mußten annehmen, daß das Mofa geklaut war", so die Polizisten, und die entsprechende Aussage wurde anschließend in der Polizeistation Rüdesheim aus dem Jungen herausgeprügelt (!).

Hamburg

Demonstration gegen Faschisten

Ein ganzes Aktionswochenende sollte es werden. So hatten es die Faschisten der NPD und andere Nazi-Banden anläßlich der bevorstehenden Hamburger Bürgerschaftswahlen geplant. Daß nichts daraus wurde, dafür sorgten die Hamburger Antifaschisten. In der Innenstadt, wo am Freitag eine Hetzkundgebung der Nazis angekündigt war, versammelten sich mehrere hundert Antifaschisten, darunter auch Genossen der Partei und der Roten Garde.

Ein Lautsprecherwagen der Nazis, der sich in die Nähe wagte, wurde mit Farbbeuteln empfangen und suchte fluchtartig das Weite. Ihre eigentliche Kundgebung hatten die braunen Banden an einen anderen Ort verlegt. Die Genossen führten ihrerseits eine antifaschistische Kundgebung durch, die bei den Passanten auf Interesse und Zustimmung stieß. Am Ort war übrigens auch der Hamburger Justizsenator. Aber natürlich nicht aus Protest gegen den Nazi-Aufmarsch, sondern als Wahltrommler für die FDP. Der Hafen-Betriebsrat Jürgen Paulick nutzte die Gelegenheit und das Mikrofon des Herrn Senator, um gegen den Prozeß zu protestieren, in dem er mit acht weiteren Antifaschisten gegenwärtig vor dem Hamburger Landgericht steht. Hier vor der Hamburger Bevölkerung wagte es der Senator nicht, dazu Stellung zu nehmen (er sei gar nicht informiert und erst recht nicht befugt usw. usf.). Aber seine lahmen Ausreden gingen in Pfiffen und Buhrufen unter.

Von der Innenstadt aus formierte sich eine 500 Teilnehmer starke spontane Demonstration zur Nazi-Kundgebung. Auch dort hatten sich schon Antifaschisten eingefunden. Ein Farbbeutelregen ging auf die braunen Gangster nieder, ihre antikommunistischen Hetztiraden wurden niedergeschrien. Trotz starkem Polizeischutz brachen die Faschisten ihre Kundgebung ab und suchten das Weite.

Parteiveranstaltung

Hamburg. Großveranstaltung zur Wahl: „Bossen und Bonzen einen Schuß vor den Bug!" Freitag, 26. 5., 19 Uhr, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee. Es spricht: Wolfgang Weskamp, RGO-Betriebsrat bei der HHLA.

Rundreise einer PLO-Delegation

Hannover. Freitag, 26. 5., 19 Uhr, Audimax, Technische Universität.
Köln. Samstag, 27. 5., 19 Uhr, Gaststätte Flora, Riehler Floraštraße, Botanischer Garten.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Hamburger Bürgerschaftswahl

Kampfprogramm der Partei veröffentlicht

„Das Stück war gut. Sowas müßte man öfter machen. Das müßte man noch viel mehr unter die Menschen bringen." So äußerte sich ein Passant zu dem Straßentheater, mit dem der Agitproptrupp „Rotes Sprachrohr" vor den Bürgerschaftswahlen durch die Arbeiterviertel Hamburgs zieht. Und ein Arbeiter ergänzt: „Das muß ja mal gesagt werden, daß die Kleinen sozusagen getreten werden von den Großen. Vor allem die Arbeitslosen." Er hat selbst einen Freund, der schon zwei Jahre erwerbslos ist.

Immer wieder machen die Genossen diese Erfahrung. Ihre Wahleinsätze stoßen auf großes Interesse und auf Sympathie bei den Werktätigen. Warum? Weil hier gesagt wird, wie es wirklich ist. Kein Phrasen gedroschen werden, wie bei den bürgerlichen „Wahlkämpfern", sondern zum Kampf aufgerufen wird. Oft gibt es während der Auftritte des Agitprop-Trupps spontanen Applaus. Am letzten Sonnabend bildeten sich dichte Menschentrauben im Billstedter Einkaufszentrum. 300 Werktätige verfolgten einen Auftritt des Bochumer Agitprop-Trupps „Pfeffermühle", der, wie zahlreiche andere Genossen, zur Unterstützung des Wahlkampfes nach Hamburg gekommen war.

An diesem Wochenende wurden von den Genossen und Freunden der Partei 300 000 Exemplare der „Hamburger Volkszeitung" in die Briefkästen der Arbeiterviertel gesteckt. Viele ältere Werktätige werden sich erinnern: Die „HVZ" war früher die vielgelesene Lokalzeitung der KPD. Mitarbeiter: Ernst Aust. Und jetzt ist sie wieder da, in einer Sondernummer zur Wahl. Der Genosse Ernst Aust wird vorgestellt als Spitzenkandidat der roten Mannschaft, die sich für die Partei zur Wahl stellt.

In der „HVZ" ist auch das Kampfprogramm zur Wahl abgedruckt. Es faßt die aus den Kämpfen der Werktätigen hervorgegangenen Forderungen in den verschiedenen Bereichen zusammen. In der Einleitung heißt es:

„Während immer mehr Werktätige ihre Arbeit verlieren, steigen die Umsätze und Gewinne der Unternehmer. So reduzierten trotz Umsatzsteigerung die vier größten westdeutschen Warenhäuser ihren Personalbestand seit 1973 um ca. 3 600 Beschäftigte. **Die größte Unverschämtheit, der frechste Betrug aber ist, daß Bund und Länder die aus uns Werktätigen herausgepreßten Steuermilliarden den Unternehmern, den Kapitalisten in Form von Subventionen und Krediten in den Rachen stopfen, damit diese immer weiter rationalisieren, neue Techniken einführen, ihre Produkte ins Ausland verlagern können. Das heißt nichts anderes, als daß wir, Arbeiter und Angestellte, mit unseren Steuergroschen die Vernichtung unserer Arbeitsplätze, unsere eigene Arbeitslosigkeit finanzieren.** So hat uns z. B. die Vernichtung von 280 Arbeitsplätzen bei Blohm 25 Millionen DM, von 1 300 Arbeitsplätzen bei Reynolds 260 Millionen DM gekostet!

Und da besitzt Bundeskanzler Schmidt (-Schnauze) auch noch die Frechheit, am 1. Mai scheinheilig zu verkünden, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bleibe für die Bundesregierung die ‚Aufgabe Nr. 1'. Das ist der gleiche Zynismus, mit dem er bzw. seine Ministerkollegen oder auch die Spitzen der Opposition den Rentner vorwarfen, sie sollten sich nicht so haben und meckern, da sie doch durch die Bank über ansehnliche Sparkonten verfügten, und den Arbeitslosen, sie hätten wohl Angst vor der Arbeit, sonst wären sie nicht arbeitslos.

Was soll man, wie soll man auf diesen Zynismus, diese Unverschämtheiten der Regierungsparteien SPD/FDP wie auch der ‚Opposition' CDU/NPD, diesen willfährigen Handlangern der Kapitalistenklasse und Feinden des Volkes antworten? **Keine Stimme zur Bürgerschaftswahl diesen Lakaien des Kapitalismus, jede Stimme der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, der KPD/ML!.**

Wo ist der Ausweg?

Fordern, verlangen die Verankerung des ‚Rechts auf Arbeit' im Grundgesetz, in der Verfassung, wie es die DKP und ‚linke' Sozialdemokraten tun? Was hätten wir davon? Nichts! **Das ist genau solch ein Betrug, wie mit der ‚Mitbestimmung." Als wenn die Kapitalisten — außer in belanglosen Nebenfragen — uns jemals mitbestimmen ließen. Wer behauptet, im Kapitalismus ließe sich ein sogenanntes ‚Recht auf Arbeit' verwirklichen, lügt!** Die Unternehmer sind doch geradezu interessiert daran, daß es Arbeitslose gibt. Können sie uns doch um so besser drohen: Mehr Geld? Muckt ja nicht auf, auf Euren Arbeitsplatz warten schon zehn andere!

Nein, wer will, daß es keine Arbeitslosen, keine steigenden Preise, keine Wuchermieten, keine Krisen und Kriege mehr gibt, der muß schon Schluß machen mit unserem Gesellschaftssystem, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, der muß den Kapitalismus zu Grabe tragen und den Sozialismus errichten. Wie wirkt sich beispielsweise die Einführung neuer Techniken — die wir grundsätzlich bejahen — im Kapitalismus aus? Sie steigert die Gewinne der Kapitalisten und macht Millionen Arbeiter und Angestellte arbeitslos. Wie aber wirkt sie sich im Sozialismus aus? Sie steigert den Reichtum des Volkes und bietet die Möglichkeit zur Reduzierung der Arbeitszeit.

Heißt das nun, die Hände in den Schoß zu legen und zu warten, bis die Mehrheit unserer Kolleginnen und Kollegen für die Errichtung des Sozialismus ist? Nein, das heißt es nicht! Eine Forderung, eine revolutionäre Kampflosung können wir heute schon ausgeben:

Sollen die Reichen die Krise bezahlen!

Sie haben's ja! Während sie, die Herren des Finanzkapitals, der Konzerne und Banken und ihre hochdotierten Lakaien an der Krise verdienen, reich und reicher werden, müssen wir den Gürtel enger schnallen. Einschränkungen, Entbehrungen in Kauf nehmen, werden wir arm und ärmer. Nur, freiwillig, ohne Kampf, werden sie keinen Pfennig herausrücken. **Deshalb können folgende, wie auch die anderen aus euren Kämpfen hervorgegangenen Forderungen aus Umwelt, Schule, Verkehr usw. nicht in der Bürgerschaft - dort sind die Vertreter der Kapitalistenklasse in der Mehrheit - sondern nur in unserem gemeinsamen, revolutionären Kampf durchgesetzt werden:**

die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche und zwar bei vollem Lohnausgleich!

die Verlängerung der Urlaubszeit auf 6 Wochen im Jahr!

die umgehende Herabsetzung des Rentenalters für Männer auf 60 Jahre (bei Schwerarbeitern auf 55 Jahre), und für Frauen auf 55 Jahre (bei Schwerarbeiterinnen auf 50 Jahre) bei sofortiger Zahlung der vollen Rente!

Allein diese Maßnahmen könnten die jetzige Arbeitslosigkeit verringern und wenigstens bis in die achtziger Jahre weitere Massenentlassungen verhindern. **Dabei lehnen wir entschieden jeden direkten oder indirekten Lohnraub ab,** wie ihn DGB-Vorsitzender Vetter offensichtlich im Interesse der Unternehmer anklingen ließ, als er sagte: ‚Ich bin überzeugt, wenn es darum geht, über Arbeitszeitverkürzungen die Vollbeschäftigung wieder zu erreichen, dann sind auch die Mitglieder bereit, dafür Opfer zu bringen.' **Sollen die Opfer bringen, die sich an unserer Arbeit bereichern!** Deshalb fordern wir:

Keine Abgruppierungen, gleichwertiger Arbeitsplatz und keine Lohneinbußen bei innerbetrieblichen Umbesetzungen!

Anerkennung aller arbeitssuchenden Erwerbslosen als zum Bezug von Arbeitslosengeld berechtigte Arbeitslose!

Weg mit Sperrfristen, Zumutbarkeits- und Verfügbarkeitsbestimmungen, volles Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit!

Selbst nach bundesamtlicher Statistik leben rund 6 Millionen Menschen, 10 Prozent der Gesamtbevölkerung Westdeutschlands und Westberlins, in Armut, leben von einem Einkommen, das unter dem staatlich festgesetzten Existenzminimum liegt. **Besonders betroffen davon sind die älteren, die Rentner.** Viele der 14 000 Menschen, die jährlich in der Bundesrepublik ihrem Leben aus Verzweiflung ein Ende setzen, sind über 60 Jahre.

Renten gefährdet

Nach einem Leben voller Arbeit und Mühen sind sie für das Kapital unnütze Esser, die keinen Profit mehr bringen. Oftmals mit Renten unter dem Existenzminimum. Angewiesen auf die Mildtätigkeit von Kindern, Verwandten. Einsam, allein. Der Willkür und Anmaßung der Behörden als lästige Bittsteller hilflos preisgegeben, bangen sie heute um ihren gesicherten Lebensabend, angesichts des angekündigten, schrittweisen Abbaus der bruttolohnbezogenen dynamischen Altersrente. Allein das neue Wohngeldgesetz bedeutet für viele Rentner 50 Prozent weniger Wohngeld. Deshalb fordern und kämpfen wir neben der Herabsetzung des Rentenalters:

gegen jeden Versuch, die bruttolohnbezogene, dynamische Rente abzubauen!

für die Einführung einer dynamischen, der Einkommensentwicklung angepaßten Volks- bzw. Mindestrente für alle Werktätigen und ihre Ehefrauen, die ihnen einen sorgenfreien Lebensabend garantiert!

für die Angleichung der Invalidenrente an die Altersrente!

für die Bereitstellung einer billigen, guten Wohnung für jeden Rentner, keine Kürzung des Wohngeldes, bei einer Unterbringung in Altersheimen ein ausreichendes Taschengeld statt eines Almosens!"

Wirtschaftsabkommen Bonn — Moskau

Schacher zwischen imperialistischen Räubern

Als Leonid Breschnew vor fünf Jahren Bonn seinen ersten Besuch abstattete, versammelte er dort eine Reihe der mächtigsten westdeutschen Monopolherren um sich. „Wir haben die Bodenschätze, Ihr das know-how", rief er ihnen zu, „da läßt sich doch einiges machen." Und dann folgte die Aufforderung: „Wir suchen neue Kooperation für 30, 40 und 50 Jahre. Greifen Sie zu, warten Sie nicht." Jetzt, bei seinem letzten Besuch am Rhein, konnte Breschnew ein Abkommen über solche Kooperation unterschreiben, das eine Laufzeit von immerhin 25 Jahren hat.

Wenn dieses Abkommen auch allgemein gehalten ist und keine Passagen über konkrete Projekte enthält, so öffnet es doch den Weg zu einer Verstärkung der Form von Zusammenarbeit, wie sie der Kreml-Zar vor fünf Jahren in Aussicht gestellt hat: nämlich dem weiteren Eindringen des westdeutschen Kapitals in die Sowjetunion und der zunehmenden Teilnahme der westdeutschen Monopole an der Ausplünderung der Rohstoffe des Landes. So sieht der in Bonn unterzeichnete Kooperationsvertrag eine „Intensivierung der Zusammenarbeit" vor, „insbesondere in den Bereichen Rohstoffe und Energie". Darüber hinaus soll die Errichtung von Industrieanlagen, die „gemeinsame Entwicklung und Produktion von Ausrüstungen" usw. vorangetrieben werden. Schließlich wollen die russischen und die westdeutschen Monopole auch gemeinsam in dritten Ländern auftreten. Damit sind wohl in erster Linie die Länder unter dem Militärstiefel oder unter dem Einfluß der neuen Zaren gemeint. Für die westdeutschen Monopole eröffnet die Zusammenarbeit mit Moskau die Möglichkeit, noch weiter auf die Märkte dieser Länder vorzudringen. Schon heute bietet etwa der bundeseigene Salzgitter-Konzern — die früheren „Reichswerke Hermann Göring" — gemeinsam mit russischen Konzernen Anlagen zur Kunststofferzeugung in Drittländern an.

In einem anderen Abschnitt des Kooperationsvertrags sichert Bonn die Gewährung von Bürgschaften für die Finanzierung der Geschäfte mit der Sowjetunion zu. Das bedeutet: Bei diesen Geschäften, die den Krupp, Klöckner, Mannesmann usw. Riesenprofite bringen, tragen nicht etwa die Monopolherren das vielbeschworene „Unternehmerrisiko". Denn etwaige Verluste werden durch die Bürgschaften — also letztlich aus Steuergeldern — ausgeglichen. Derart abgesichert, werden die westdeutschen Monopole noch stärker in das „Russengeschäft" — wie sie es nennen — einsteigen.

Schon jetzt konnten sie Millionenprofite aus diesem Geschäft ziehen und haben weitere Aufträge für große Projekte in der Tasche. Einige Beispiele: Der Krupp-Konzern hat seit 1960 15 Chemieanlagen in der Sowjetunion gebaut. Salzgitter und Korf haben vor dem Breschnew-Besuch noch den Zuschlag für die Errichtung der ersten Baustufen des Stahlwerks Kursk bekommen — ein 700 Millionen DM-Auftrag. Um Zusatzaufträge für das Stahlwerk schachern gegenwärtig Krupp, Siemens und Mannesmann in Moskau. Salzgitter hat in den letzten Jahren neun Chemiefabriken geliefert und baut gegenwärtig den Moskauer Olympia-Flughafen auf. Um seine Profite zu erhöhen, setzt der Konzern dabei polnische Arbeiter ein, deren Löhne wesentlich niedriger sind als die der deutschen Kollegen.

Die Kompensationsgeschäfte

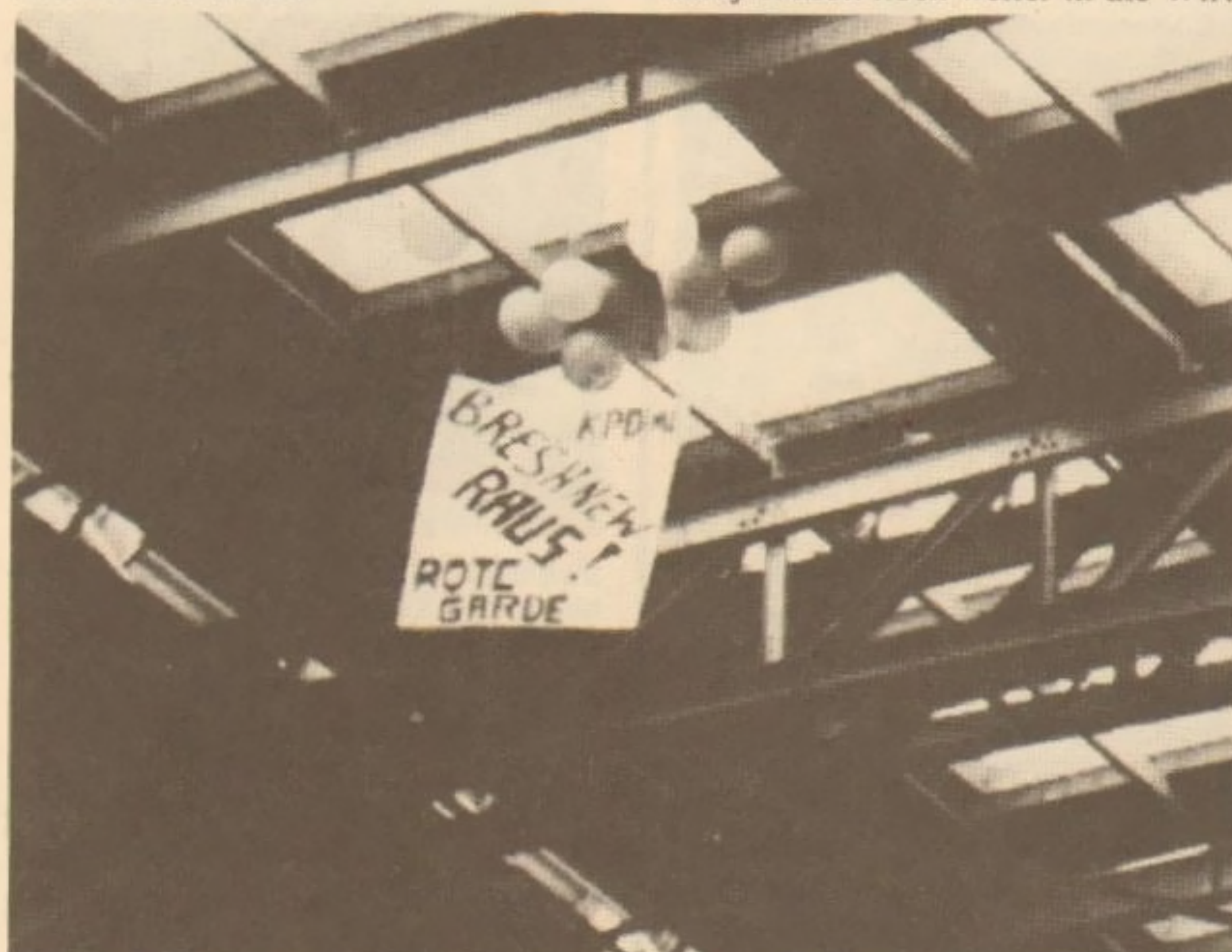
Während die Kreml-Herren die Anlagen von Kursk mit westlichen Devisen zahlen mußten, konnten sie bei den Geschäften mit dem Salzgitterkonzern die Zahlung durchsetzen, die ihnen am genehmsten ist: das sogenannte Kompensationsgeschäft. Das bedeutet, sie haben für die Chemiefabriken mit Produkten gezahlt, die in diesen Werken nach der Errichtung hergestellt wurden. Die russischen Imperialisten drängen deshalb auf diese Art von Geschäften, weil sie einen chronischen Mangel an westlichen Devisen haben. Schon heute sind sie bei den westlichen Imperialisten mit 20 Milliarden Dollar verschuldet.

Aber auch für die Kapitalisten in der Bundesrepublik bieten solche Kompensationsgeschäfte Vorteile. So erklärte etwa der Stahlunternehmer Wolff von Amerongen kürzlich, daß Produkte aus Kompensationsgeschäften „meist nur mit einem Preisabschlag verkauft werden können". Das heißt: Die westdeutschen Monopole bekommen diese Produkte billiger als auf dem einheimischen Markt. Sie nutzen damit die Tatsache aus, daß die russischen Imperialisten aufgrund der niedrigen Löhne, die sie den Arbeitern in ihren Werken aufzwingen, billiger produzieren können. So ist es die Arbeiterklasse der Sowjetunion, die auch für diese Kompensationsgeschäfte zahlen muß.

Trotzdem gibt es unter den westdeutschen Imperialisten auch Widerstand gegen eine Ausweitung der Kompensationsgeschäfte — was gerade während des Breschnew-Besuchs an die große Glocke gehängt wurde. So entrüstete sich BASF-Boß Seefelder: „Es ist ein Skandal, was Salzgitter da macht." Und eilfertig versprach auch die IG Chemie, sie werde „dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen". Was den Herren nicht paßt? Am deutlichsten wird das in dem Geschacher um das derzeit größte Projekt in der Sowjetunion, das petrochemische Großkombinat im sibirischen Tomsk. Für zehn Milliarden Mark soll ein Konsortium aus Krupp, Salzgitter, Klöckner, Höchst und Linde diesen Komplex bauen.

Zahlen will Moskau — wie gewohnt — mit Produkten des Werks, zum Beispiel mit jährlich 900.000 t Äthylen, 500.000 t Styrol usw. Gerade diese Produkte aber stellen die westdeutschen Chemie-Konzerne nicht nur selbst her, sie haben wegen der verschärften Krise auch zunehmende Schwierigkeiten, sie auf dem Markt abzusetzen. Vor allem die IG-Chemie-Bonzen haben sich jetzt gegen diese Kompensationsgeschäfte stark gemacht, aus angeblicher Sorge um die dadurch gefährdeten Arbeitsplätze der Chemiearbeiter (in der DKP-Presse, die sonst noch jedes Wort der Gewerkschaftsbonzen nachdruckt, war davon bezeichnenderweise nichts zu lesen, haben doch diese Leute die Lüge von den durch Osthandel gesicherten Arbeitsplätzen zu einer ihrer Hauptparolen gemacht).

Aber einmal abgesehen davon, daß russische Billigprodukte, die den westdeutschen Markt überschwemmen, nicht gerade positive Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in unserem Land haben, geht es den Gewerkschaftsbonzen und ihren Auftraggebern in den Konzernetagen nicht um das Wohl der westdeutschen Arbeiter. Hätten sie sonst zum Beispiel in trauter Gemeinsamkeit die Auslagerung ganzer Werksteile in sogenannte Billiglohnländer, darunter auch die revisionistischen Länder Osteuropas, betrieben? Worum es ihnen geht, ist etwas ganz anderes: Sie wollen durchaus billige russische Waren im Austausch für die Anlagen, Fabriken usw. Aber eben solche Waren, die in ihr Konzept passen. Die IG Chemie z. B. wandte sich vor dem Breschnew-Besuch an Schmidt mit der Aufforderung, er solle dem Kreml-Boß klarmachen, daß die westdeutsche Industrie Erdgas, Erdöl und Uran brauche.



Aktion der Hamburger Genossen gegen den Breschnew-Besuch im Hamburger Bahnhof

Genauso Stahlboß Wolff von Amerongen: Er rief nach dem Breschnew-Besuch nach „vermehrten Lieferungen von Erdöl usw. Bei diesem großen Land, dessen Exporte zur Zeit zu 80 Prozent aus Rohstoffen bestehen, muß man ja nach großen Brocken suchen." Die großen Brokken, danach gieren die Bonner Monopolherren. Und das SPD-Organ „Vorwärts" sagte in einer Sonderbeilage zum Besuch des Kreml-Diktators, wo diese Brocken zu finden sind: „Die Rohstoffkammer der Zukunft liegt auf sowjetischem Territorium: Sibirien. Wo aber bleibt die unternehmerische Initiative westlicher Kapitalisten bei der Erschließung?"

In Sibirien liegen riesige unerschlossene Erdöl- und Erdgaskammern. Außerdem Kupfer, Uran, Eisen, Mangan, Gold und andere wichtige Rohstoffe. Die vom „Vorwärts" beschworene Initiative der westdeutschen Monopole wird wohl nicht auf sich warten lassen. Nicht umsonst stellt das in Bonn unterzeichnete Wirtschaftsabkommen die Ausbeutung der Rohstoffe an die erste Stelle. Für die westdeutschen Monopole erschließt sich mit der Ausplünderung der sibirischen Reichtümer eine Quelle von Superprofiten, die Möglichkeit, unter Ausnutzung der verschärften kapitalistischen Krise in der Sowjetunion noch weiter in die Wirtschaft des Landes einzudringen.

Mit ihrem Griff nach den sibirischen Rohstoffen wollen sie auch der Krise im eigenen Land, vor allem der Energiekrise, entgegenwirken. Letztlich muß dafür die Arbeiterklasse der Sowjetunion zahlen, die unter den Bedingungen der faschistischen Unterdrückung durch die Kreml-Herren diese Rohstoffe zu Hungerlöhnen fördern muß. Und noch etwas weckt die besondere Gier der westdeutschen Bourgeoisie: das Uran. So forderte etwa Wolff von Amerongen in seinem Kommentar zum neuen Wirtschaftsabkommen unverhüllt die Aufnahme von Uranlieferungen aus der Sowjetunion. Bekanntlich ist dieser Rohstoff, den zu beschaffen die westdeutschen Monopolherren schon immer Schwierigkeiten hatten, die Grundlage für die Herstellung von Atomwaffen.

Gerade darin zeigt sich, daß es diesen Herren bei ihren Geschäften mit den Sozialimperialisten nicht nur um die unmittelbaren Profite, sondern auch um die Stärkung ihrer politischen Macht und ihres aggressiven Militärapparats geht. So ist auch das jetzt unterzeichnete Wirtschaftsabkommen eine weitere Ermunterung des Bonner Revanchismus. Und die Kreml-Herren? Westdeutsche Kredite, westdeutsche Technologie soll ihnen dabei helfen, in noch größerem Umfang die Arbeiterklasse auszubeuten. Darüber hinaus bietet ihnen der Schacher mit Bonn die Möglichkeit, mehr Kapital in ihre gewaltige aggressive Kriegsmaschine zu stecken. Und eine Beteiligung der westdeutschen Monopole im großen Stil an der Ausplünderung der sowjetischen Rohstoffe würde auch den Einfluß der Sozialimperialisten auf die westdeutsche Wirtschaft stärken. Kein Wunder, daß Washington jetzt verlauten ließ: „Wir halten eine zu starke Bindung an Moskau für unklug." Die amerikanische Supermacht fürchtet, daß eine Ausweitung des Schachers zwischen Bonn und Moskau ihren Einfluß in Westdeutschland zugunsten des russischen Konkurrenten zurückdrängen würde.

Das in Bonn abgeschlossene Wirtschaftsabkommen, wie überhaupt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den westdeutschen Imperialisten und den russischen Sozialimperialisten dienen nicht der Entspannung, wie es die Herren behaupten. Sondern im Gegenteil: Sie verschärfen die Konkurrenz im imperialistischen Lager, und sie geben Moskau Kapital und Technologie, Bonn strategische Rohstoffe an die Hand, die zum weiteren Aufbau der aggressiven Militärapparate benötigt werden. Die Völker der beiden Länder, die Völker Europas haben nicht das geringste Interesse an diesem Schacher, sie müssen ihn entschieden bekämpfen.

Radio Tirana zum Breschnew-Besuch:

Weitere Festigung der imperialistischen Allianz Bonn — Moskau

Am 7. Mai beendete das Oberhaupt der Revisionistenclique, Breschnew, seinen Besuch in der Deutschen Bundesrepublik, der von der imperialistisch-revisionistischen Propaganda mit einem großen Lärm begleitet wurde, denn sie wollte ihn als Besuch hinstellen, der angeblich dem Frieden, der Sicherheit, der Abrüstung diene und noch mehr solcher Parolen, die bei jeder Rede und jedem Treffen der imperialistischen und sozialimperialistischen Führer wiedergekäut werden.

In Wahrheit zielte der Besuch Breschnews in Bonn darauf ab, die Allianz und die politische, ökonomische und militärische Zusammenarbeit der beiden imperialistischen Mächte, Sowjetunion und Deutsche Bundesrepublik, zu stärken, ihre Politik der Expansion und des imperialistischen Eindringens in Europa und anderen Kontinenten fortzuführen. Das zeigte sich deutlich bei den zahlreichen Reden und Sprüchen Scheels, Schmidts, Genschers, Brandts und auch des bekannten Nazis Franz-Josef Strauß, der jahrelang von Moskau beschimpft und verflucht worden war, bis hin zu den westdeutschen Finanz- und Industriemagnaten.

Das zeigte sich auch deutlich an den freundschaftlichen Trinksprüchen und Grußansprachen, die sie miteinander austauschten, und an den langfristigen Verträgen, die sie unterschrieben, und es ist bezeichnend, daß all dies am Vorabend des 8. Mai geschah, dem Tag des Sieges über den Nazifaschismus, ein Hohn für das Blut und die Opfer des sowjetischen Volkes und aller europäischen Völker, die heldenhaft gegen die Hitlerschen Horden kämpften. Die sowjetischen Sozialimperialisten und die Bonner Revanchisten wollen damit die Völker die Lehren aus dem zweiten Weltkrieg vergessen machen, denn diese Lehren besagen, daß man heute gegen die imperialistische Politik der beiden Supermächte und des westdeutschen Imperialismus kämpfen muß.

Es ist bekannt, daß Westdeutschland dank der Washingtoner Hilfe zur hauptsächlichen wirtschaftlichen und militärischen Macht in Westeuropa wurde und dort in der NATO die erste Geige spielt, während es dank dem Verrat der Sowjetrevisionisten und ihrer Gefolgsleute in Polen, der Tschechoslowakei und Ostdeutschland unter dem Etikett der sogenannten neuen Ostpolitik in die Geschichte einging als Staat, der, obwohl besiegt, keinen Friedensvertrag unterschrieben hat. Die revanchistischen Ambitionen des westdeutschen Militarismus finden ihren konzentriertesten Ausdruck im Anwachsen des militärischen Potentials der Bundeswehr. Ihr Kriegsetat beträgt das Dreifache der Hitlerschen Wehrmacht. Die imperialistischen Ziele des westdeutschen Militarismus sind ganz offensichtlich, er will die verlorenen Positionen des Reichs in Osteuropa zurückgewinnen. Es ist eine Tatsache, daß sie immer mehr wirtschaftlich und politisch dort eindringen.

Die westdeutschen Monopole konnten mit den berüchtigten Verträgen von Moskau und Warschau und Dutzender politischer und wirtschaftlicher Verträge mit Prag und Ostberlin, Budapest und Sofia ihre imperialistischen Stellungen konsolidieren und in der Weltpolitik einen erstrangigen Platz einnehmen. Darüber hinaus möchte Bonn mit der Annäherung an Moskau gegenüber den kleineren Partnern im Atlantik, wie England, Druck ausüben. Das ist der Grund, weshalb die westdeutschen Führer in ihren Reden zum Breschnew-Besuch unterstrichen, daß die Deutsche Bundesrepublik ein Kräftegleichgewicht, eine Parität wünsche, was nichts anderes heißt, als daß ihre imperialistischen Ambitionen sowohl vom sowjetischen Sozialimperialismus als auch vom USA-Imperialismus oder den anderen imperialistischen Mächten in Betracht gezogen werden müssen.

Der Kreml seinerseits zielt mit den Schachereien mit Bonn gleichzeitig darauf ab, im Rahmen der heftigen Rivalität mit dem USA-Imperialismus um Hegemonie, der Politik zum Zurückdrängen des Einflusses des Rivalen auch in den sogenannten traditionellen Einflußgebieten, auf diesen in gewissem Sinn Druck auszuüben. Daher wurde, wie die westliche Presse meldet, der Besuch Breschnews in Bonn von Washington und London einigermaßen skeptisch aufgenommen.

(Aus einem Kommentar von Radio Tirana vom 10. 5. 78).

Aus aller Welt

Portugal: 10.000 in der UDP!



Die UDP (Demokratische Volksunion) ist eine Einheitsfront-Organisation der Werktätigen Portugals, die unter der Führung der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) steht. Um sich noch besser unter den werktätigen Massen zu verankern, begann die UDP vor einiger Zeit eine breite Kampagne der Mitgliederwerbung mit dem Ziel, 10.000 Werktätige in ihren Reihen zu organisieren. In diesem Monat konnte diese Kampagne erfolgreich abgeschlossen werden. Dieser großartige Sieg der Genossen von der UDP ist das Ergebnis ihres konsequenten revolutionären Kampfes, der auf breite Sympathie und Unterstützung bei den arbeitenden Menschen Portugals stößt.

Italien: Streik der Chemiearbeiter

Für 24 Stunden streikten Ende der letzten Woche die italienischen Chemiearbeiter. Mit diesem Streik unterstrichen sie ihren Willen, für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen.

Spanien: Zwei baskische Patrioten ermordet

In der vergangenen Woche sind bei einem Schußwechsel mit der Polizei zwei junge spanische Patrioten ermordet worden. Dieser erneute Terrorakt des spanischen Regimes rief eine breite Welle des militanten Kampfes im Baskenland hervor. In Durango, der Heimatstadt der ermordeten Patrioten, wurde der Generalstreik ausgerufen. Hier, wie auch in anderen Orten, erhoben sich die Werktätigen zu machtvollen Protestdemonstrationen. In Tolosa wurden dabei im Verlauf der Kämpfe Barrikaden aus Lastwagen errichtet. In San Sebastian griffen Demonstranten mit Steinen, Stahlkugeln und Molotow-Cocktails eine Kaserne der verhaßten paramilitärischen Polizeitruppe „Guardia Civil" an. Angehörige dieser Truppe eröffneten in San Sebastian das Feuer auf Demonstranten. Ein 17jähriger Junge wurde dabei lebensgefährlich verletzt. Auch in Galdacano wurde eine Kaserne der „Guardia-Civil"-Mörder angegriffen. Dabei wurden zwei der Schergen des Regimes schwer verletzt.

Während im Baskenland die Werktätigen gegen den Terror der bewaffneten Banden des Regimes kämpften, tagte in Madrid der sogenannte Verfassungsausschuß des Parlaments. Dort stimmten die spanischen Revisionisten gemeinsam mit den Faschisten gegen die Republik und für die Monarchie. Nicht einmal die Sozialdemokraten wagten es, sich so offen zur monarchofaschistischen Diktatur zu bekennen. Sie enthielten sich der Stimme.

NATO-Länder: Neues Rüstungsprogramm beschlossen

Die NATO-Kriegsminister beschlossen auf ihrer Frühjahrstagung in Brüssel die weitere Aufrüstung des aggressiven westlichen Militärpakts. So kündigten die amerikanischen Imperialisten an, daß sie eine „dramatische Beschleunigung" der Entsendung ihrer Truppen nach Westeuropa, vor allem in die Bundesrepublik planen. Danach soll die Zahl der Kampfbomber in einer Woche verdreifacht, und die Gesamtzahl der Truppen in zwei Wochen verdoppelt werden können. Um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, sollen die entsprechenden Militärflughäfen in Westeuropa weiter ausgebaut werden. Und die amerikanischen Imperialisten wollen in noch größerem Umfang als bisher schwere Waffen in den Depots ihrer Stützpunkte in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern lagern.

Diese Pläne, wie auch die anderen von den Kriegsministern in Brüssel beschlossenen Maßnahmen sind ein deutlicher Beweis dafür, daß der westliche Militärpakt ebenso wie der östliche seine Kriegsvorbereitungen ständig verstärkt.

Peru: Kämpfe gegen Preiserhöhungen

Von einer breiten Welle des Kampfes gegen Preiserhöhungen ist Peru erfaßt. Um 50 bis 115 Prozent sind in diesem lateinamerikanischen Land die Grundnahrungsmittel wie Brot, Nudeln und Öl verteuert worden. Gegen diesen unglaublichen Angriff auf ihre Lebenslage wehrten sich die Arbeiter und die übrigen Werktätigen mit Streiks und Massendemonstrationen. Dabei kam es in verschiedenen Städten zu militanten Kämpfen mit der Polizei. In Huanuco wurden vier Menschen ermordet und viele weitere verletzt, als die bewaffneten Organe des reaktionären Regimes das Feuer auf die Massen eröffneten.

Polen: Terrorurteil gegen deutschen Fischer

Zu einem Jahr Gefängnis verurteilte ein Gericht in Gdingen den Fischer Fritz Draasch aus Heikendorf bei Kiel, weil er mit seinem Kutter versehentlich in polnische Fischereigewässer geraten war. Außerdem wurde ihm eine Geldstrafe von 500.000 Sloty (31.000 Mark) und die Zahlung der Gerichtskosten auferlegt. Und seinen Fang im Wert von 12.000 Mark haben die polnischen Revisionisten beschlagnahmt. Dieses Terrorurteil ist bezeichnend für den Charakter des sozialfaschistischen Regimes in Polen. Während die russischen Oberherren der Gierek-Clique die größte Fischfangflotte der Welt unterhalten und systematisch die Fischgründe aller Weltmeere ausplündern, wird hier die Existenz eines Kutterfischers skrupellos ruiniert.

Kampf der Supermächte um die Reichtümer des Kongo

Nach der Landung von NATO-Einheiten und französischen Fremdenlegionären in der kongolesischen Provinz Shaba versuchen die westlichen Imperialisten, diese größte militärische Aggression seit Jahren in Afrika herunterzuspielen. So soll auf der einen Seite der Anschein erweckt werden, nur einige wenige Regierungen Westeuropas wären an dem Einmarsch beteiligt und auf der anderen Seite wird behauptet, die Fallschirmjäger-Einheiten hätten nur die Aufgabe, „bedrohte Europäer zu retten".



Belgische Fallschirmjäger vor ihrem Abflug in den Kongo

Tatsächlich aber ist die Aggression unter den Spitzenvertretern der westlichen Imperialisten sowohl auf der Ebene der EG, wie auch auf der Ebene der NATO abgesprochen und koordiniert worden. Auch Bonn spielt seine Rolle bei dieser Militäraktion. Über 60 Millionen Mark konnte letzte Woche der Außenminister des kongolesischen Diktators Mobutu in der Bundeshauptstadt einstreichen. Offiziell waren diese Riesensummen getarnt als Kapitalhilfe, technische und teilweise gar als humanitäre Hilfe. Vor einigen Monaten — bei einer ähnlichen Hilfe für das Regime in Somalia — hat sich jedoch gezeigt, was Bonn hinter solchen Titeln verbirgt: massive Militärhilfe.

Und was das Ziel der gemeinsamen Aggression der westlichen Imperialisten betrifft, da wurde US-Präsident Carter in der vergangenen Woche sehr deutlich: Es ginge, so ließ er verlauten, um die nationalen Sicherheitsinteressen der USA. Was damit gemeint ist? Der Kongo (Zaire) ist heute eine amerikanische Kolonie. Die riesigen Reichtümer des Landes wie Kupfer, Diamanten, Uran usw. werden vor allem von den Wallstreet-Monopolen ausgeplündert. Und neben dem Uran verfügt der Kongo noch über andere bedeutende strategische Rohstoffe, die die Grundlage für die amerikanische Atomwaffenproduktion bilden.

An der Ausplünderung der Reichtümer des Kongo sind auch die westeuropäischen Imperialisten beteiligt. Nur ein Beispiel: der Unilever-Konzern kontrolliert 50 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Exporte des Landes. Die Bonner Imperialisten haben im Kongo ein riesiges 100.000 (!) Quadratkilometer großes Gebiet unter ihre Kontrolle gestellt, auf dem sie Raketenversuche durchführen. Um die Sicherheit dieser Beute geht es den westlichen Imperialisten im Kongo. Deshalb stützen sie mit allen Mitteln das faschistische Regime Mobutus, eines Schlächters am kongolesischen Volk, der vom CIA an die Macht geputscht wurde.

Aber auch die russischen Sozialimperialisten richten ihre begehrlichen Blicke auf die Reichtümer des Kongo. Sie haben das Nachbarland Angola unter ihre Kontrolle gebracht. Und von daher kommen auch die sogenannten Katanga-Gendarmen, die sich jetzt mit kongolesischen Truppen und französischen Fremdenlegionären Kämpfe in Shaba liefern. Wer sind diese Katanga-Gendarmen? Katanga ist der frühere Name für die Provinz Shaba. Und die Gendarmen haben in den sechziger Jahren — angeheuert von den belgischen Imperialisten, den damaligen Kolonialherren — für die Lostrennung Shabas vom Kongo gekämpft. Nach dem Scheitern dieses Versuchs sind sie in das benachbarte Angola — damals noch eine portugiesische Kolonie — geflohen und haben sich in den Dienst des faschistischen Regimes von Lissabon gestellt. Und heute bedienen sich die Kreml-Herren dieser Banden, um nach Angola auch Shaba und den ganzen Kongo unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Im letzten Jahr hat es schon einmal einen solchen Einmarsch der Katanga-Gendarmen gegeben. Damals wie jetzt spekulieren die Sozialimperialisten darauf, daß sich die breiten Volksmassen im Kongo den Gendarmen anschließen. So wollen sie den tiefen Haß der Werktätigen gegen das faschistische Mobutu-Regime und gegen die amerikanischen Oberherren für ihre eigenen Raubinteressen schamlos ausnutzen. Aber das kongolesische Volk läßt sich nicht vor den Karren der Kreml-Herren spannen. Es gibt im Kongo eine breite revolutionäre Bewegung zum Sturz des Mobutu-Regimes, den bewaffneten Kampf gegen diese Marionette der Wallstreet-Monopole. Und es gibt als führende Kraft dieser Bewegung eine wahrhaft kommunistische Partei, die Revolutionäre Marxistische Partei des Kongo (Kinshasa). Die Partei erzieht die Massen im Vertrauen auf die eigene Kraft und im kompromißlosen bewaffneten Kampf gegen das Regime und alle Imperialisten, vor allem die beiden Supermächte. Nur ein solcher Kampf kann dem Volk vom Kongo die Befreiung bringen.

Eritrea/Äthiopien

Deutsche Soldaten in Afrika

Über 40.000 Soldaten des äthiopischen Militärregimes sind in der letzten Woche zu einer Großoffensive angetreten, um die Befreiungsbewegung in Eritrea niederzuschlagen. An der Spitze dieser Mordbanden stehen Militärs aus der Sowjetunion, aus Kuba — und aus der DDR. Das bestätigte vor einigen Tagen der Chef des Militärregimes, Oberst Mengistu. Bis vor kurzem noch hatten die Herren in Ostberlin jeden Einsatz ihrer Soldaten in Afrika dementiert und als „imperialistische Lügen" abgetan.

Durch die Erklärung Mengistus aber ist es ans Licht gekommen: Das Honecker-Regime verheizt ostdeutsche Soldaten in den Kolonialkriegen seiner Moskauer Herren. Sie sind es, die neben den Russen und Kubanern die „Spezialaufgaben" wahrnehmen müssen: nämlich die modernen russischen Massenvernichtungswaffen bedienen, die Moskau tonnenweise nach Äthiopien geschafft hat. Sie sind es, die in den russischen Bombern sitzen und die Dörfer Eritreas in Schutt und Asche legen. Vor zehn Jahren waren es Soldaten der DDR-Armee, die auf Befehl Moskaus in die Tschechoslowakei einmarschieren mußten. Heute stehen Einheiten dieser Armee als Söldner des Kreml in Afrika, um im Auftrag der Sozialimperialisten das Volk zu unterjochen und niederzuschlagen.

Worum geht es bei den Kämpfen um Eritrea? Dieses an der Küste des Roten Meeres gelegene Land ist 1962 vom damaligen Regime des Kaisers Haile Selassie in einem brutalen Willkürakt dem äthiopischen Kaiserreich eingegliedert worden. Das Volk Eritreas nahm daraufhin den bewaffneten Kampf gegen das Unterdrückerregime in Addis Abeba auf. An seiner Lage änderte sich grundsätzlich auch nach dem Sturz Haile Selassies nichts. Das jetzige Militärregime setzt unter einem „fortschrittlichen", ja sogar „sozialistischen" Mäntelchen den grausamen Terror gegen das äthiopische genau wie das eritreische Volk fort. Ein Beispiel dafür gestand kürzlich der ehemalige Vizegouverneur des Regimes in Eritrea, Gessasa, ein. Danach sind in der Stadt Asmara allein am 14. Dezember letzten Jahres 100 eritreische Zivilisten ermordet worden und am nächsten Tag 160 weitere.

Heute steht außer der Hauptstadt Asmara und den beiden Hafenstädten Massaua und Assab das ganze Gebiet Eritreas unter der Kontrolle der bewaffneten Patrioten. Über Jahre hinweg sind alle Versuche des Militärregimes, das Land in die Hand zu bekommen, gescheitert. Wenn es jetzt seine Großoffensive startet, so ist das nur möglich mit der massiven Unterstützung der Sozialimperialisten und ihrer Söldnertruppen.

Schon seit langem versucht Moskau, sich am Horn von Afrika festzusetzen. Und gerade hier ist immer deutlicher geworden, daß hinter den Phrasen der Kreml-Herren von der „brüderlichen Hilfe" nichts anderes steckt als die nackte imperialistische Machtpolitik. So hat Moskau etwa vor gar nicht langer Zeit das somalische Regime aufgerüstet und zur Aggression gegen das Nachbarland Äthiopien ermutigt. Die russische Flotte operierte zu dieser Zeit von Stützpunkten an der somalischen Küste in den strategisch bedeutenden Gewässern am Horn von Afrika. Als sich das Regime in Mogadischu aber der amerikanischen Supermacht zuwandte, steckte Moskau sich hinter die äthiopische Militärdiktatur und rüstete sie zum Kampf gegen Somalia aus.

Vor wenigen Jahren noch bildeten kubanische Instrukteure Einheiten der eritreischen Patrioten aus; im Auftrag Moskaus, das so auf diese Befreiungsbewegung Einfluß nehmen wollte. Heute stehen die kubanischen Söldner an der Seite der russischen Militärs bereit, diese Bewegung niederzumetzeln. So wie früher Somalia, so wollen die Kreml-Herren heute Äthiopien zu ihrer Kolonie machen. Vor allem geht es ihnen darum, sich neue strategische Flottenstützpunkte zu sichern. Und weil die dafür in Frage kommenden Häfen auf dem Gebiet Eritreas liegen, führen sie jetzt den Krieg zur Eroberung dieses Landes.

Natürlich sieht die andere Supermacht nicht untätig dabei zu. Sie spielt das gleiche blutige Spiel, nur mit verteilten Rollen. Ein Zeichen dafür ist die Tatsache, daß heute Washington versucht, über Waffenlieferungen seiner Lakaien im Nahen Osten — z. B. des Regimes von Saudi-Arabien — nach Eritrea Teile der Bewegung unter ihre Kontrolle zu bringen. Und beide Supermächte lassen ihre Flotten im Roten Meer kreuzen, um notfalls noch massiver in die Kämpfe eingreifen zu können. All das zeigt: Die beiden Supermächte sind Todfeinde der Völker, auch wenn sie hundertmal unter der Maske von Freunden daherkommen. In ihrem Kampf um Befreiung können sich die Völker weder auf die eine noch auf die andere Supermacht stützen. Nur im bewaffneten revolutionären Kampf, gestützt auf die eigenen Kräfte, gegen alle Imperialisten und ihre Lakaien können sie wirkliche Siege erringen.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Massenkämpfe im Iran

„Wir müssen kämpfen wie in Täbris"

Immer neue Streiks, Massendemonstrationen und andere militante Aktionen erschüttern das faschistische Regime im Iran. Über 23 Städte des Landes haben sich die Massenkämpfe ausgebreitet. Auch in der letzten Woche versuchten die Schergen des Regimes wieder, mit Gewehrfeuer und Verhaftungen den Widerstand der Massen zu brechen. Aber vergebens. Unsere iranische Bruderpartei, die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Iran, greift immer besser in diese Kämpfe ein. So verteilten etwa die Genossen in der Stadt Täbris zwei Tage vor dem großen Aufstand Flugblätter, in denen sie die werktätigen Massen aufforderten, sich zusammenzuschließen und sich gegen das verhaßte faschistische Regime zu erheben.

Der folgende Bericht eines Genossen, der kürzlich aus dem Iran zurückkehrte, schildert einige Tatsachen über die Erhebung von Täbris und die Kämpfe in anderen Orten.

Für die Menschen im Iran verschlechtern sich die Lebensbedingungen von Tag zu Tag. Allein die Preissteigerungen sind unvorstellbar. Von Januar bis April stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel um 25 Prozent. Und diese Teuerungsrate ist ja nur eines der vielen Probleme. Der Haß auf das Regime ist in fast allen Bevölkerungskreisen verbreitet. Das Kleinbürgertum wurde ruiniert, die Intelligenz wird brutal unterdrückt. Sie alle stehen im Kampf. **Die Kämpfe an den Universitäten beispielsweise sind so weit fortgeschritten, daß zur Zeit meines Aufenthaltes fast sämtliche iranischen Universitäten ge-**



schlossen waren. In Amol, in Gian, in Isphahan, Tissu, Beschar und anderen Städten wurde gestreikt, teilweise hatten die Arbeiter die Fabriken besetzt. Auch die Kämpfe der Bauern sind militant geworden. Als die Nachricht vom Aufstand in Täbris sich in den umliegenden Dörfern verbreitete, zogen Hunderte von Bauern, mit primitiven Waffen ausgerüstet, in die Stadt, um mitzukämpfen, obwohl der SAVAK (iranischer Geheimdienst) versuchte, die Zufahrtswege nach Täbris abzuriegeln. Selbst kleine Mullahs (Geistliche) beteiligen sich am Kampf. So verschieden die Vorstellungen sind über das, was nach dem Sturz des Schahregimes kommen soll — daß der Schah und seine korrupte, faschistische Clique gestürzt werden müssen, darüber sind sich alle einig.

Selbst in der Armee gibt es Unruhe. Immer wieder wurden Truppenteile verlegt, um dieser Unruhe Herr zu werden. So hörte ich beispielsweise von einem jungen Soldaten, der, als er erfuhr, daß das Regime seine ganze Familie ausgerottet hatte, zur Pistole griff, erst mehrere Offiziere hinrichtete und sich dann selbst erschoß.

Der spontane Kampf der Massen hat im Iran heute eine neue Qualität erreicht. Der letzte große revolutionäre Aufstand wurde 1963 brutal niedergeschlagen, selbst die Regierungspresse sprach damals von 15.000 Toten. Trotzdem hörten die Erhebungen nie auf. Waren es Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre noch Einzelaktionen — Anschläge gegen US-Besatzer, oder SAVAK-Agenten — so sind in den letzten fünf Jahren die Kämpfe der Massen immer mehr angewachsen. Es kam zu Streiks in den wichtigsten Betrieben in fast allen iranischen Städten, zu Kämpfen bei der Müllabfuhr, bei den Verkehrsbetrieben. Zu Kämpfen gegen die Wohnungsnot, gegen das Verkehrschaos, zu organisierten Hungerstreiks der politischen Gefangenen. All das waren noch kleinere Kämpfe, die unter aktuellen Tagesforderungen standen: kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, bessere soziale Sicherungen usw.

In all diesen Kämpfen waren die Werktätigen unmittelbar mit der Staatsgewalt konfrontiert, mit Polizei, Armee, SAVAK. Es gab Hunderte von Toten und Verletzten. Streikführer wurden zu Tode gefoltert, Tausende verhaftet.

Seit Anfang dieses Jahres sind all diese Kämpfe zusammengeflossen in eine gewaltige Erhebung gegen das Schah-Regime. Am Anfang stand der Aufstand von Täbris, wo 70.000 Menschen zwei Tage lang gegen die Armee standhielten. Dieser Kampf hat sich wie ein Feuer über das ganze Land ausgebreitet. „Wir müssen kämpfen wie in Täbris", ist die Parole in allen persischen Städten. Es kann mit scheinbaren Kleinigkeiten beginnen: Menschen sammeln sich in einer Moschee, um der Opfer von Täbris zu gedenken. Polizei rückt an, um die Moschee zu schließen. Die ersten Steine fliegen, die ersten Parolen werden laut: „Schah, Mörder!" Und sofort steht eine ganze Stadt oder ein Stadtteil im Aufruhr. Der kleinste Streik kann zum Brandherd für eine tagelange Schlacht zwischen Polizei und Demonstranten werden.

In Meschet z. B. kam es Anfang März zu solchen Massenerhebungen. 30 Menschen wurden ermordet. In Isphahan, Schiraz, Kirman, Arak und anderen Städten entwickelten sich aus Solidaritätsaktionen mit Täbris bewaffnete Aufstände.

Wenn ich heute in der Zeitung lese, daß in Teheran Panzer auffahren mußten, daß tagelang der Ausnahmezustand herrschte, daß der Schah seine Bulgarienreise verschob, um selbst das Oberkommando zu übernehmen, dann kann ich mir vorstellen, daß der Kampf der Bevölkerung von Teheran und in den anderen Städten nicht weniger militant, ausdauernd und mutig war als in Täbris. Auch wenn dies noch eine spontane Massenerhebung ist, zeigt sich doch in tausend Einzelheiten die Kraft dieses Volksaufstandes, die Initiative der Massen.

Man muß nur einmal bedenken, daß in Aserbaidschan, also an der Grenze zur Sowjetunion, Elitetruppen stationiert sind, der ganze Stolz des Regimes, um zu ermessen, was es heißt, daß der Aufstand damals nicht schneller niedergeschlagen wurde, daß es der Armee nicht gelang, die völlige Zerstörung von Partei- und Regierungsgebäuden, von ausländischen Banken zu verhindern. Geschäftshäuser der Schahfamilie wurden völlig geschleift, obwohl die Armee aus Panzern und Hubschraubern mit Maschinengewehren in die Menge hielt. Das Regime mußte Truppen aus einem Umkreis von 300 km zusammenziehen. Bei Polizei und Armee kam es zu zahlreichen Befehlsverweigerungen. Zwar verschwieg die offizielle Presse die Verluste auf seiten von Polizei und Armee, aber ein Einwohner von Täbris erzählte mir, daß er selbst erschlagene SAVAK-Agenten vor ihren ausgebrannten Autos und tote Soldaten gesehen hat. Ein Polizeioffizier wurde in seinem Büro erschossen — was heißt, daß die Bevölkerung es auch verstanden hatte, sich mit Schußwaffen auszurüsten.

Was mich immer wieder beeindruckte, ist die Phantasie und die Zähigkeit der iranischen Massen, ihre Fähigkeit, diszipliniert und organisiert vorzugehen. So fuhren z. B. am Morgen des Aufstandes Bauwagen durch Täbris, die an wichtigen Plätzen Ziegelsteine abluden. Jeder hielt sie für normale Straßenbautrupps, niemand kümmerte sich um sie. Stunden später flogen diese Steine den Gendarmen und Soldaten um die Köpfe. Selbst eine Landplage wie die wilden Hunde, die es in Täbris noch gibt, wußten die Kämpfer für sich zu nutzen: Sie hetzten die Tiere mit Schildern um den Hals „Faß den Schah!" auf die Polizei, mancher Polizist schied mit Bißwunden aus dem Gefecht. Gruppen von Demonstranten gingen planmäßig an die Befreiung von Gefangenen: Sie organisierten sich Uniformen von toten oder verletzten Soldaten, drangen damit in die Krankenhäuser ein und schafften die Verletzten fort, die sonst mit Sicherheit verhaftet worden wären. Von einem Tag auf den anderen gingen die meisten Frauen von Täbris verschleiert — sonst ein ungewohntes Bild für diese Großstadt. Und was dann unter den bodenlangen schwarzen Schleiern zum Vorschein kam! Flugblätter, Waffen, Molotow-Cocktails, Verbandszeug, Verpflegung...

700 Tote und 2.000 Verletzte haben die Kämpfe in Täbris gekostet. Mit größtem Terror ging das Regime gegen die Aufständischen vor. Trotzdem herrscht bis heute keine Ruhe in der Stadt. Es kam zu neuen Streiks und Demonstrationen. Täbris ist zum Fanal für ganz Persien geworden.

Heute kämpft die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Iran darum, all diese Erhebungen und Massenaktionen zu einem einheitlichen revolutionären Kampf zusammenzuschließen, bereitet sie die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen darauf vor, in der bewaffneten Revolution die Herrschaft der Imperialisten und ihres Kettenhunds, des faschistischen Schah-Regimes, über den Iran endgültig zu brechen.

Japan

Neue Kämpfe um Narita

Blutige Kämpfe entwickelten sich auch am Wochenende wieder um den japanischen Großflughafen Narita. Polizeieinheiten in Stärke von 14.000 Mann waren aufgeboten worden, um die Eröffnung dieser Anlage zu sichern. Seit zwölf Jahren kämpfen die Bauern von Narita, deren Boden für den Bau des Flughafen zwangsenteignet wurde, mit der Unterstützung von Werktätigen und Studenten aus anderen Teilen des Landes erfolgreich dagegen, daß der Flughafen in Betrieb genommen wird.



Kampf gegen den Flughafen Narita.

Nachdem es schon über Ostern zu heftigen Kämpfen gekommen war, bei denen auch die Anlagen des Kontrollturms zerstört wurden, hat die japanische Regierung Narita zu einer Festung ausgebaut, gesichert durch doppelte Zäune, Gräben und Stacheldrahtverhaue. So konnten die Herren aus Tokio — darunter Ministerpräsident Fukuda, der persönlich Geld in den Flughafen investiert hat — jetzt zwar Narita offiziell für eröffnet erklären. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine Aufnahme des Flugbetriebs immer noch durch den starken Widerstand der Flughafengegner verhindert wird. So standen etwa am Wochenende ganze Flächen der Rollbahn in Flammen, als die Demonstranten Molotow-Cocktails auf das Gelände warfen. Es gelang ihnen auch, ein Verbindungskabel der Luftkontrolle zu kappen, wodurch der ganze Flugverkehr über Japan für längere Zeit zusammenbrach.

Bei den Kämpfen, die sich über Tage hinzogen, ging die Polizei mit äußerster Brutalität vor. Hunderte Demonstranten wurden verletzt, viele verhaftet. Im Zusammenhang mit den Kämpfen um Narita hat die japanische Bourgeoisie ihren Terror gegen die Werktätigen weiter verschärft. So wurde bekannt, daß von den nach den Osterkämpfen verhafteten 143 Demonstranten nahezu alle in ihren Zellen systematisch gefoltert und zwölf Stunden am Tag verhört wurden. Wie „Volksstern", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Japans (Linke), berichtet, hat der Justizminister Seto sogar damit gedroht, „in Zukunft Waffen zu gebrauchen", um die Kämpfe der Massen niederzuschlagen. In den letzten Tagen — vor der geplanten Eröffnung des Flughafens — wurde im Parlament ein Terrorgesetz durchgepeitscht, das es der Polizei unter anderem erlaubt, willkürlich die Höfe der Bauern in der Gegend von Narita zu durchsuchen und dort Verhaftungen und Beschlagnahmungen durchzuführen. Schon in den Wochen zuvor waren ähnliche Polizeistaatsgesetze im Eiltempo verabschiedet worden.

Wie „Volksstern" schreibt, dienen diese Gesetze dazu, die ganze Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen anzugreifen, um ihren revolutionären Kampf abzuwürgen. In Bezug auf die militanten Kämpfe von Narita schreibt die Zeitung: „Es ist notwendig, die örtlichen Kämpfe mit dem Kampf der Arbeiter in den Industriezentren zu verbinden, so daß die ganze Arbeiterklasse und die Volksmassen sich eng im politischen Kampf gegen die Staatsmacht zusammenschließen."

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW





Mit einer Barrikade aus einem alten Auto und Baumstämmen blockieren die Ermershauser die Bundesstraße 279.

Kampf gegen Gebietsreform — Polizei überfällt Dorf

„Wer Gewalt sät, wird Gewalt ernten"

Fortsetzung von Seite 1

Allerdings haben die staatlichen Behörden die Rechnung ohne den Wirt, das heißt ohne die Einwohner von Ermershausen gemacht. Als der Bürgermeister von Maroldsweisach ins Rathaus von Ermershausen ging, um die Papiere des Standesamtes abzuholen, heulte eine Alarmsirene auf. Kurze Zeit später stürmten 100 Einwohner, darunter Frauen mit Kindern, den Platz vor dem Rathaus und drangen in die Behörde ein. Sie setzten den Bürgermeister und seine Helfer gewaltsam an die Luft. Erst als die Grenzpolizei auftauchte, verließen die Ermershauser das Rathaus. Der Bürgermeister mußte den Ort ohne Papiere verlassen.

Am 19. Mai überfielen daraufhin in einer Blitzaktion 400 Beamte der Bereitschaftspolizei und der Landespolizei im Morgengrauen die Gemeinde Ermershausen Die Polizei umstellte die Kirche, um zu verhindern, daß jemand mit den Glocken die Einwohner alarmierte. Sie blokkierte die Feuerwehrsirene. Aber trotzdem waren innerhalb weniger Minuten die meisten Ermershauser da, um der Polizei Widerstand entgegenzusetzen. Die Polizei ging äußerst brutal mit Schlagstöcken vor. Sogar eine 70jährige Frau prügelten sie zusammen. Einige Frauen erlitten Nervenzusammenbrüche. Als die Polizei Aktenschränke, Tische und Stühle abtransportierte, legten sich zahlreiche Bürger vor die Polizeifahrzeuge.

Das Landratsamt des Kreises Haßberge verteidigte den brutalen Polizeiüberfall, der mit dem bayrischen Innenministerium abgesprochen war. Man habe gewußt, daß „die an sich gesetzestreue Bevölkerung zu Tätlichkeiten bereit ist". Das Rathaus sei praktisch rund um die Uhr blockiert gewesen. Frauen mit Kindern hätten stundenlang auf der Rathaustreppe gesessen. Für einen Besuch der Kreisbeamten habe man sogar einen Bienenkorb über einer Tür des Rathauses angebracht, der beim Öffnen herunterfallen sollte. Und außerdem sei schon einmal dem Bürgermeister von Maroldsweisach ein Aschenbecher über dem Kopf ausgeleert worden.

Die Einwohner von Ermershausen haben sich durch den Polizeiterror nicht einschüchtern lassen. Nachdem die Polizeiaktion beendet war, blokkierten die Einwohner mit Baumstämmen die Zufahrtsstraßen und hängten an ihrem Rathaus ein Transparent auf: „Wer Gewalt sät, wird Gewalt ernten." Sie wollen sich mit der Eingemeindung nicht abfinden. Künftig sollen alle Amtshandlungen der Gemeindeverwaltung und des Landratsamtes verhindert werden. Der weitere Widerstand soll in einer Bürgerversammlung organisiert werden.

Jetzt fahren durch Ermershausen ständig Polizeiwagen. Zwar gelang es der Polizei, das Rathaus von Ermershausen auszuräumen und die Akten in das Maroldsweisacher Rathaus zu bringen. Aber die Herren wissen genau, daß die Ermershauser den Kampf um ihr Recht nicht aufgegeben haben. So wird jetzt das Rathaus von Maroldsweisach ständig von einer Hundertschaft Polizei geschützt.

Die bürgerliche Presse versucht den gerechten Kampf der Ermershauser als hinterwäldlerische Borniertheit zu diffamieren. Sie faselt von Unfehden zwischen den Dorfgemeinschaften. In Wahrheit geht es aber um den Widerstand gegen größere Abhängigkeit von einem volksfeindlichen bürokratischen Regierungsapparat. Und nicht zuletzt geht es den Ermershausern auch um die Verteidigung der hier noch bestehenden Gemeinschaftsweiden (Anger) und -wälder (Gemeinwälde), die durch die Gebietsreform dem Landkreis, d. h. den kapitalistischen Bonzen zufallen sollen.



Vor dem Rathaus demonstrieren die Einwohner von Ermershausen gegen den Polizeiüberfall in der vorangegangenen Nacht.



Bei Nacht und Nebel (morgens zwischen 3 und 4 Uhr) überfällt die Polizei das Dorf. Mehrere Hundertschaften Polizei stürmen das Rathaus von Ermershausen. Eine dichte Sperrkette prügelnder Polizisten soll die Einwohner vom Rathaus fernhalten. Kriminalpolizei fotografierte die Widerstand leistenden Dorfbewohner. Die Polizei hatte sofort die Kirche und das Feuerwehrhaus besetzt, um zu verhindern, daß durch Glocken und Sirene die Einwohner mobilisiert werden. Aber vergebens...

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag G. Schneider Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00** ○ vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 64796, geöffnet: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), „Linkskurve", politische Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet Mo-Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 437595, geöffnet: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17-19 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen Klartext, Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Di-Fr 15.30-18.00, Sa 10-12 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124 geöffnet: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65205, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/535987, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengel-Str. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 11.00-18.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.